

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 31.01.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

- 4.2 Stilllegung der Fahrtreppen am Ebertplatz
hier: Ebenerdige Querung Ebertplatz zwischen Neusser Straße und Eigelstein
DS-Nr.: 1604/005 **(Neufassung/II. Durchgang)**

Beschluss (*Alternative 2 der Verwaltungsvorlage*):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine direkte Fußläufigkeit zwischen Neusser Straße und Eigelstein herzustellen, d.h. entsprechend der Anlage 5 erfolgt die Fußgängerführung über einen markierten Fußweg auf der bestehenden Busfahrspur. Je eine Fahrtreppe mit Umkehrschaltung am Eigelstein und Neusser Straße wird erneuert. Vier Fahrtreppen werden ausgebaut sowie die ebenerdige Querung umgesetzt.

Sachstand zum 30.06.2007

Die Arbeiten an der ebenerdigen Querung werden in der 32. KW abgeschlossen.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten zur ebenerdigen Querung wurden in der 32. Kalenderwoche 2007 abgeschlossen.

Die Erneuerung von zwei Fahrtreppen befindet sich in Vorbereitung.

TOP 5 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 5.1 Ausbau Oskar-Jäger-Straße (Aachener Straße – Widdersdorfer Straße)
DS-Nr.: 0373/005 **II. Durchgang**

Beschluss (Rat am 14.02.2006):

Der Rat stimmt dem vorgelegten Entwurfsplan, Maßstab 1 : 1000, Blatt 1 und 2 (siehe Anlage), über den Ausbau der Oskar-Jäger-Straße in-

klusive der Nebenanlagen in dem Bereich zwischen der Aachener Straße und der Widdersdorfer Straße zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung mit der Umsetzung der Maßnahme

unter Berücksichtigung der von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen nachfolgend aufgeführten Änderungen

- ◆ Wegfall der zweiten Fahrspur und damit Verschiebung der Fahrspuren auf die Waschstraßenseite. Die zwei notwendigen Fahrspuren an der Kreuzung von der Stolberger Straße Richtung Melatengürtel können angelegt werden, dazu kann die Platane stehen bleiben und ein Buskap angelegt werden.
- ◆ Optimierung der Signalanlage gemäß dem Gutachten von Brenner+Münich
- ◆ Verzicht der zweiten Fahrspur auf der Oskar-Jäger-Straße vor dem Melatengürtel (von Aachener Straße kommend) zugunsten des Erhaltes der Grünanlage am Friedhof (1.000 Kfz. 15.00 – 19.00 Uhr).
- ◆ Führung des Radverkehrs auf der Oskar-Jäger-Straße vom Melatengürtel zur Aachener Straße auf der Fahrbahn mittels Fahrradstreifen.
- ◆ Erhalt des breiten Bürgersteiges vor dem Bezirksrathaus Lindenthal.
- ◆ Erhalt der Parkplätze auf der östlichen Seite der Oskar-Jäger-Straße zwischen Melatengürtel und Aachener Straße.

sowie der in der Anlage 9 erläuterten dreistreifigen Lösung

Sachstand zum 30.06.2007

Die Entwurfsplanung wird zurzeit überarbeitet.

Soweit möglich werden die von der Bezirksvertretung Lindenthal angelegten Änderungen in die Planung übernommen.

Eine Optimierung der Signalanlage gemäß dem Gutachten des beauftragten Ingenieurbüros kann erst nach Abschluss der Planung erfolgen. Der erforderliche Grunderwerb im Bereich zwischen Bezirksrathaus und Melatengürtel sowie der Weinsbergstraße ist noch nicht abgeschlossen.

Neuer Sachstand:

Zurzeit wird die Ausführungsplanung erstellt – die gewünschten Änderungen sind weitgehend übernommen worden.

- 5.4 Baubeschluss für den Umbau der U-Bahn-Haltestellen Appellhofplatz und Poststraße sowie Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushaltes im Hpl-UA 8200, Haushaltsstelle 950.6008.4, T Stadtbahnst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz – Bahnsteiganhebungen – DS-Nr.: 0070/006

Beschluss (Rat am 04.04.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und vorbehaltlich der Abrufbarkeit bewilligter Zuschüsse nach dem GVFG oder alternativ vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Ausnahme vom HSK verbunden mit der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit dem Umbau der U-Bahn-Haltestellen Appellhofplatz und Poststraße mit städtischen Gesamtkosten von 2.050.000,00 Euro ohne Grunderwerbskosten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 500.000,00 Euro Kassenmitteln aus Haushaltsausgaberesten des Hj. 2005 und die Freigabe von 500.000,00 Euro Kassenmitteln des Hj. 2006. Die Bereitstellung der Mehrausgabe in Höhe von 1.050.000,00 Euro erfolgt im Wege der echten Deckungsfähigkeit (s. Anlage 1).

Der Verkehrsausschuss und der Finanzausschuss nehmen die Sollumbuchung im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit zur Kenntnis.

Sachstand zum 30.06.2007:

Beide Haltestellen wurden nach dem Umbau fristgerecht in Betrieb genommen. Der Umbau der Haltestelle Appellhofplatz ist bis auf geringe Restarbeiten abgeschlossen. An der Haltestelle Poststraße müssen noch im Nachgang brandschutztechnische Nachrüstungen erfolgen.

Neuer Sachstand:

In einem letzten Schritt sind nunmehr noch brandschutztechnische Nachrüstungen in der Haltestelle Poststraße zu erledigen.

- 5.5 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Rathaus
hier: Verlegung des Aufzuges in das „Rote Haus“, Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages
DS-Nr.: 0212/005

Beschluss (Rat am 14.02.2006):

Der Rat beschließt die Verlegung des Aufzuges der Haltestelle Rathaus in das neu zu bauende Rote Haus gemäß Variante B (Anbindung der Ebenen Alter Markt und Rathaus).

Die erforderlichen Mehrkosten in Höhe von 2.840.000 Euro sind nach Abstimmung mit der Bezirksregierung nicht zuwendungsfähig nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und werden im Rahmen des § 7 des bestehenden Nord-Süd Stadtbahnvertrages finanziert. Ab Haushaltsjahr 2007 sind die Mittel in den jeweiligen Haushaltsplänen bereitzustellen.

Sachstand zum 30.06.2006:

Die Maßnahme wird durch die KVB AG (als Bauherrin der Nord-Süd Stadtbahn) umgesetzt. Die nichtzuwendungsfähigen Eigenmittel trägt die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 12. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 21.03.2006

TOP 4 **Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)**

- 4.1 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd-Stadtbahn
hier: Planungsbeschluss für die Umgestaltung Chlodwigplatz,
 Baustein 8
 DS-Nr.: 0062/006 **II. Durchgang**
hierzu auch
 Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.03.2006
 Suche nach einem neuen Linienweg und Endpunkt für die Buslinien
 132 und 133
 DS-Nr.: 0441/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung für die Neuges-
taltung des Chlodwigplatzes nach Fertigstellung der Nord-Süd Stadt-
bahn zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der
weiteren Ausarbeitung dieser Planung sowie der Durchführung der er-
forderlichen Abstimmungen und Verhandlungen mit der KVB AG und
der Sicherstellung der Finanzierung

unter Berücksichtigung der folgenden Ergänzungen/ Maßgaben:

- Der Abschnitt Bonner Straße wird von der Beschlussfassung aus-
genommen.
- Die Haltestelle Chlodwigplatz in der Bonner Straße für die Linien
132/133 wird keine Endhaltestelle. Dadurch kann ein Buskap entfal-
len.
- Der Ausschuss bittet die Verwaltung, dem zu Folge alternative Li-
nien-Führungen für die Buslinien 132 und 133 im Streckenabschnitt
Bonner Wall bis Chlodwigplatz mit einem neuen Endpunkt der Linien
für die Zeit nach der Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn zu *prüfen*
und dem Verkehrsausschuss unter Beteiligung der Bezirksvertre-
tung Innenstadt zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Am östlichen Ende der oberirdischen Haltestelle Chlodwigplatz im
Überring wird unmittelbar nach der Rampe ein Überweg zu beiden
Ringseiten geschaffen.

Sachstand zum 30.06.2007

Für den vom Beschluss des Verkehrsausschusses ausgeklammerten Bereich Bonner Straße hat die Verwaltung der Bezirksvertretung Innenstadt die Beschlussvorlage „Oberflächenwiederherstellung Nord- Süd Stadtbahn; hier: Planungsbeschluss für die Umgestaltung der Bonner Straße, Baustein E“ zur Sitzung am 09.11.2006 zur Entscheidung vorgelegt. In dieser Vorlage wurden die Buslinienführung und die Lage der Endhaltestelle thematisiert. Da auch hier keine einvernehmliche Lösung gefunden wurde, ist eine weitere Beschlussvorlage für den Verkehrsausschuss erstellt worden (Zuständigkeit wegen Mehrkosten und Linienführung). Die Vorlage „Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln, hier: Buslinienführung im Bereich Bonner Straße/ Chlodwigplatz nach Fertigstellung der 1. Baustufe der Nord- Süd Stadtbahn“ (Ds-Nr.: 0194/007) wurde in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.04.2007 beschlossen. Anstatt der vorgeschlagenen zwei Buskaps wird nur ein Buskap baulich hergerichtet. Dieses Buskap wird so gestaltet, dass zwei Busse hintereinander in das Buskap einfahren und dort halten können. Des Weiteren sind Rahmenbedingungen für den Busbetrieb festzulegen.

Die Verwaltung wird diese Punkte bei der Ausführungsplanung berücksichtigen. Ebenso wird die Forderung nach einem weiteren Überweg am östlichen Ende der oberirdischen Haltestelle Chlodwigplatz eingearbeitet.

Neuer Sachstand:

Der Verkehrsausschuss hat in der Sitzung am 28.10.2008 im Rahmen der Beschlussfassung „Umgestaltung Bonner Straße“ die von der Verwaltung vorgeschlagene Buslinienführung und die Lage der Bushaltestelle bestätigt und die Verwaltung beauftragt, die Maßnahme umzusetzen. Teile des Chlodwigplatzes (Kreisverkehr) sind bereits wiederhergestellt bzw. im Bau. Die Gestaltungsplanung der Platzfläche zwischen Severinstorburg und Kreisverkehr ist zurzeit in Bearbeitung und wird dem Verkehrsausschuss zu gegebener Zeit vorgelegt.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 13. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 02.05.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

4.1 Fahrrad- und fußgängerfreundliche Gestaltung der Haltestelle Heumarkt

DS-Nr.: 0075/006

II. Durchgang

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Haltestelle Heumarkt gemäß beigefügter Anlage 4, **Variante 4** umzugestalten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet im Rahmen des Freigabeverfahrens auf Wiedervorlage.

Sachstand zum 30.06.2007:

Bis zum 09.06.2006 (Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft) konnte die Aufweitung der Fußgängerfurt Augustinerstraße realisiert werden. Die Überlegungen zur Schließung der Unterführung wurden bis zur Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn zurückgestellt.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

4.3 Ausbau der Brühler Straße zwischen Markusstraße und Raderthalgürtel, direkte Linksabbiegemöglichkeit von der südlichen Brühler Straße und Raderthalgürtel

DS-Nr.: 0275/006

II. Durchgang

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Ausführungsplanung für den Ausbau der Brühler Straße zwischen Markusstraße und Raderthalgürtel, die direkte Linksabbiegemöglichkeit von der Brühler Straße Süd in den Raderthalgürtel gemäß dem Plan-Nr. L031c umzusetzen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Pläne wurden bereits erstellt und befinden sich derzeit in der Abstimmung.

Neuer Sachstand:

Die Ausführungsplanung wurde fertig gestellt. Die Maßnahme befindet sich zurzeit in der Bauvorbereitung.

- 4.4 Ausbau der Von-Hüenefeld-Straße in Köln-Ossendorf von Mathias-Brüggen-Straße bis zur nördlichen Anbindung der Richard-Byrd-Straße
DS-Nr.: 0321/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung die Von-Hüenefeld-Straße gemäß der vorliegenden Pläne auszubauen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet für den Kreisverkehrsplatz Mathias-Brüggen-Straße/Von-Hüenefeld-Straße auf erneute Vorlage im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Von-Hüenefeld-Straße wird zzt. entsprechend der beschlossenen Planung ausgebaut.

Neuer Sachstand:

Diese Ausbaumaßnahme ist abgeschlossen – die weiteren Bauabschnitte im Zusammenhang mit der Verkehrserschließung "Gewerbe- und Medienpark Ossendorf" befinden sich zurzeit in der Ausführung. Als Fertigstellungstermin ist April 2009 vorgesehen.

- 4.6 Ausbau der Frankfurter Straße in Köln-Porz-Gremberghoven von Rather Straße bis Steinstraße
DS-Nr.: 0561/006

I. Durchgang

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung – nach Sicherstellung der Finanzierung – durch eine Verlängerung des freilaufenden Rechtsabbiegers vom Maarhäuser Weg in Richtung Frankfurter Straße und der somit möglichen Umprofilierung mittels Fahrbahnmarkierung die Grundlage für den späteren vierspurigen Ausbau zwischen Rather Straße und Steinstraße zu schaffen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf eine erneute Vorlage im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planung ist abgeschlossen und die Bauvorbereitung hat begonnen. Der voraussichtliche Ausbaubeginn wird Frühjahr 2008 sein.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich derzeit im Vergabeverfahren. Mit einer Realisierung ist Anfang 2009 zu rechnen.

- 4.7 Verschiedene Eingaben gegen die Einrichtung von Kreisverkehrsanlagen vor der Grundschule in Junkersdorf
(Az.: 02-1600-23/05 bzw. –26/05)
DS-Nr.: 0593/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss lehnt das Begehren der Bürger ab und bestätigt seinen Beschluss vom 18.01.2005 zum Ausbau der beiden Kreisverkehre Kölner Weg/Am Weidenpesch/Am Himmel/ Statthalterhofweg/Kirchweg.

Sachstand zum 30.06.2007:

Gemäß dem Beschluss, die Baumaßnahme auf die letzte Priorität zu setzen, ruht die weitere Bearbeitung zur Zeit.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

- 4.9 Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP) des Landes Nordrhein-Westfalen
Ortsumgehung Zündorf (L 82)
DS-Nr.: 0689/006

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss bekräftigt nochmals seinen Beschluss zum Ausbau der Ortsumgehung Zündorf in höchster Priorität. Die Ortsumgehung Zündorf beginnt an der umgebauten Anschlussstelle Köln-Porz-Wahn (BAB 59) und endet an der Ranzeler Straße (L 82). Die Verwaltung wird gebeten, beim Land darauf hinzuwirken, *dass – ohne Etatan-satz - die planerischen Voraussetzungen für einen Anschluss im Zusammenhang mit dem Ausbau der BAB 59 durch eine entsprechende Einstufung (in Stufe 2* des Bedarfsplanentwurfes für die Landesstra-ßenvorhaben) geschaffen werden können.*

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Landtag NRW hat am 6. Dez. 2006 das Gesetz zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes mit dem fortgeschriebenen Landesstraßenbedarfsplan beschlossen. Die Vorhabenlisten sind entsprechend den Ergebnissen der IGVP aufgestellt worden; zusätzlich sind auch hier die Voten der Regionalräte berücksichtigt worden.

Der Bedarfsplan gliedert sich in die Dringlichkeitsstufen 1 und 2; Stufe 1 umfasst dabei auch alle schon im Verlauf der IGVP als indisponibel behandelten – aber noch nicht realisierten – Vorhaben, die bei der IGVP keiner Vorhabenprüfung mehr unterzogen wurden. Die Vorhaben der Stufe 1 sollen bis zum Jahr 2015 abgeschlossen bzw. eingeleitet sein. Die Vorhaben der Stufe 2 sind als weiterer Bedarf im Bedarfsplan enthalten, eine Realisierung ist nach 2015 vorgesehen.

Der erste Bauabschnitt der Ortsumgehung Zündorf von der A 59 bis zur B 8 (Frankfurter Straße) ist nur in die Stufe 2 aufgenommen worden, das heißt, eine Realisierung ist nach dem IGVP erst nach 2015 vorgesehen.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung wird eine Machbarkeitsstudie erstellen, um die Planung der Umgehungsstraße Zündorf zu beschleunigen.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 16. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Donnerstag, den 17.08.2006

TOP 4 Entscheidungen (*Beschlussorgan Verkehrsausschuss*)

- 4.2 Kreisverkehr Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad
DS-Nr.: 0734/006 **II. Durchgang**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung mit der Einleitung des Planungsverfahrens zur Herstellung eines Kreisverkehrs an dem Knotenpunkt Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Finanzierungsantrag ist fertig gestellt und wurde im Juni 2007 dem Zuschussgeber vorgelegt. Laut Einplanungsmittteilung der BR Köln vom 29.06.2007 ist die Maßnahme im Förderprogramm für das Jahr 2008 enthalten, so dass mit einer Bewilligung der Fördermittel in 2008 zu rechnen ist.

Neuer Sachstand:

Die Gelder des Zuschussgebers sind freigegeben. Der Submissionstermin hat am 03.11.2008 stattgefunden. Voraussichtlicher Baubeginn ist Januar 2009.

- 4.5 Baubeschluss zur Generalsanierung der Straßenbrücke Poststraße in Köln-Porz sowie Beginn einer neuen Maßnahme des Vermögenshaushaltes im Hpl-Unterabschnitt 6300, Gemeindestraßen, Haushaltsstelle 6300.950.2078.4 – T Straßenbrücke Poststraße – Sanierung Stahlkonstruktion -, Hj. 2006
DS-Nr.: 1113/006

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stimmt der Generalsanierung der Straßenbrücke Poststraße in Köln-Porz bei Gesamtkosten in Höhe von 207.000,00 € zu

2. und empfiehlt dem Finanzausschuss die Freigabe von 133.000,00 € bei der Haushaltsstelle 6300.950.2078.4 – T Straßenbrücke Poststraße – Sanierung Stahlkonstruktion -.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Arbeiten sind ausgeschrieben und beauftragt. Der Baubeginn ist für das 3. Quartal 2007 vorgesehen. Die Sanierungsarbeiten umfassen im ersten Schritt die Ertüchtigung des Fahrbahn- und Gehwegbereiches sowie Korrosionsschutzarbeiten an der stählernen Überbaukonstruktion.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten sind abgeschlossen. Im Frühjahr 2009 erfolgt im letzten Schritt der Korrosionsschutz der stählernen Überbauunterseite in den Betriebspausen der KVB.

TOP 5 Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)

- 5.1 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie außerplanmäßige Ausgabe im Hpl-Unterabschnitt 8200, Stadtbahn bei neuer Haushaltsstelle 950.6305.4 T Umbau Stadtbahnhaltestelle Severinstraße
DS-Nr.: 0775/006

II. Durchgang

Beschluss (Rat am 29.08.2007):

Der Rat ist mit der Planung zur Anhebung der Bahnsteige der oberirdischen Haltestelle Severinstraße (Stadtbahnlinie 3 und 4) auf 90 cm über Schienenoberkante einverstanden. Bei der weiteren Planung sollen folgende Varianten berücksichtigt werden:

Der nördliche Bahnsteig (Fahrtrichtung Poststraße) bleibt in der Lage unverändert.

Der südliche Bahnsteig (Fahrtrichtung Severinsbrücke) wird gegenüber heute um rund 25 m in Richtung Brücke verschoben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen, die Finanzierung sicherzustellen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 60.000,00 Euro bei neuer Haushaltsstelle 8200.950.6305.4 T Umbau Stadtbahnhaltestelle Severinstraße. Die Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben in Höhe von 60.000,00 Euro bei Haushaltsstelle 8200.950.7000.0 T Nachträglicher Einbau von Aufzügen.

Der Rat ist weiterhin mit den infolge dieser Planung ergebenden Auswirkungen auf den Bau der unterirdischen Haltestelle Severinstraße der Nord-Süd-Stadtbahn einverstanden.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planungen sind noch in Arbeit. Der Genehmigungsantrag wird kurzfristig gestellt.

Neuer Sachstand:

Es soll mit der KVB ein Vertrag zum Umbau abgeschlossen werden, da ein unmittelbarer Zusammenhang zum Bau der Nord-Süd Stadtbahn besteht. Auf die entsprechende Baubeschluss-Vorlage (Session Nr. 4344/2008 – Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.12.2008) wird verwiesen.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 17. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 12.09.2006

TOP 5 **Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)**

- 5.1 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe
hier: Erweiterter Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen sowie außerplanmäßige Ausgabe im Hpl-Unterabschnitt 8200, Stadtbahn bei neuer Haushaltsstelle 950.7130.5 T Haltestelle Deutz – Einbau von Aufzügen
 DS-Nr.: 1058/006 **II. Durchgang**

Beschluss (Rat am 28.09.2006):

Der Rat ist mit der Planung zum Einbau von drei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Ausgabe für die Planungsleistungen in Höhe von 120.000,00 Euro bei neuer Haushaltsstelle 8200.950.7130.5 T Haltestelle Deutz – Einbau von Aufzügen -. Die Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben in Höhe von 120.000,00 Euro bei Haushaltstelle 8200.950.7000.0 t Nachträglicher Einbau von Aufzügen. Die weiteren Mittel für die Baumaßnahme werden im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2007 berücksichtigt.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planungen sind in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Die Planungen stehen vor dem Abschluss. Die Maßnahme soll Anfang 2009 ausgeschrieben werden. Die Baudurchführung ist ebenfalls für 2009 vorgesehen.

- 5.3 Erweiterter Planungsbeschluss für den Bau der Haltestellen Heidemannstraße und Iltisstraße sowie Freigabe von Planungsmitteln bei Haushaltsstelle 8200.950.6007.6 T Stadtbahnst. Lenaupl.-Endhst. Ossend. – Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2006
DS-Nr.: 1117/006

II. Durchgang

Beschluss (Rat am 28.09.2007):

Der Rat ist mit dem vorgelegten Planungskonzept zum Bau von zwei Stadtbahnhaltestellen im Straßenverlauf von Nussbaumerstraße und Iltisstraße im Zuge der Stadtbahnlinie 5 in Höhe Heidemannstraße (Haltestelle Heidemannstraße) und Äußere Kanalstraße (Haltestelle Iltisstraße) einverstanden und beauftragt die Verwaltung nach Ausarbeitung und Abstimmung der weiteren Planung die Genehmigung zu beantragen, die Finanzierung sicherzustellen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 120.000,00 Euro Kassemittel des Hj. 2006 im Hpl.-UA 8200 bei Hst. 950.6007.6 T Stadtbahnhaltestelle Lenauplatz – Endhaltestelle – Ossendorf Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2006.

Sachstand zum 30.06.2007:

Für den Bau der Haltestelle Iltisstraße wurde ein Planfeststellungsantrag gestellt.

Zur Haltestelle Heidemannstraße wurde eine Variantenuntersuchung durchgeführt. Die Ergebnisse werden dem Rat nach der Sommerpause zur Entscheidung vorgelegt.

Neuer Sachstand:

Für die Haltestelle Iltisstraße liegt das Baurecht vor. Der Rat hat die Planung der Haltestelle Hosterstraße als Ersatz für die ursprünglich geplante Variante Heidemannstraße beschlossen. Die beiden Maßnahmen sind in Vorbereitung. Ziel ist eine Baudurchführung ab Mitte 2009.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 18. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 31.10.2006

TOP 4 **Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

- 4.3 Führung der Buslinien 160 und 162
 DS-Nr.: 1304/006
 Antrag des Kölner Bürger Bündnisses vom 03. Mai 2006
 verwiesen aus der Ratssitzung am 18.05.2006 **II. Durchgang**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Beibehaltung der im Jahr 2004 geänderten Linienführungen der Buslinien 160 und 162 aus.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Anregung der BV Porz

„Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Kölner-Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Erstellung und Vorlage von Lösungsansätzen zur Verbesserung der nahverkehrlichen Anbindung des Stadtteils Lind an den Stadtteil Wahnheide.

Vor dem Hintergrund, dass der Stadtteil Lind über keine nennenswerte soziale wie auch wirtschaftliche Infrastruktur verfügt, sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Stadtteils auf das Angebot des Nachbarstadtteils Wahnheide dringend angewiesen. So befindet sich sowohl das nächstgelegene Nahversorgungszentrum (in Lind gibt es nur einen Bäcker und ein Blumengeschäft) als auch sämtliche Grundschulen und selbst die zuständigen Kirchengemeinden beider Konfessionen im benachbarten Porz-Wahnheide.

Gerade die Bevölkerungsteile, die im besonderen Maße auf den ÖPNV angewiesen sind, also Kinder und Senioren, können derzeit ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse nur mit großem zeitlichen bzw. finanziellen Aufwand befriedigen. So ist ein Fahrgast, der im Ortskern Lind zusteigt und mit der Linie 162 über Wahn nach Wahnheide fahren muss, bis zu 27 Minuten, inklusive Umsteigen, in den ein Kilometer entfernten Nachbarstatteil unterwegs.

Um dem zu entgehen, wählen gerade immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger sogar das Verkehrsmittel Taxi, um nicht mit ihren Einkäufen längere Zeiten unterwegs zu sein und sogar umsteigen müssen. Aber auch die Grundschulkinder können ihre Schulen sowie ihre Mitschüler im benachbarten Wahnheide nur mit größerem Aufwand erreichen.

Um gerade diese Kundenkreise wieder stärker für die KVB zu gewinnen und gleichzeitig für eine vernünftige Nahversorgung einschließlich der entsprechenden Stärkung des lokalen Einzelhandels zu sorgen, beauftragt die Bezirksvertretung Porz die KVB mit der Erstellung von Lösungskonzepten, unter weitgehender Berücksichtigung der Hauptschließungsstraßen.“

zu prüfen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Es wird seitens der Verwaltung angestrebt, die untersuchten Varianten in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses vorzulegen.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung hat dem Verkehrsausschuss die Ergebnisse der Prüfung zur Sitzung am 23.10.2007 vorgelegt (Session Nr. 3738/2007). Die Bezirksvertretung Porz wurde zur Sitzung am 06.11.2007 eingebunden. Ergebnis der Variantenuntersuchung war, dass derzeit die bestehende Buslinienführung beibehalten werden sollte. Nach Fertigstellung der Nordanbindung des Bahnhofs Wahn ergeben sich jedoch andere Fahrzeiten, so dass dann die Varianten 1 und 2 einer neuen Prüfung unterzogen werden sollten. Die Verwaltung wird dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Porz auf dieser Basis einen neuen Beschlussvorschlag vorlegen. Derzeit kann aber über den Zeithorizont noch keine konkrete Aussage getroffen werden.

TOP 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.2 Planungsbeschluss zur Sanierung der Fuß- und Radwege auf der Südbrücke und 1. Freigabe von Planungsmitteln im Vermögenshaushalt, Hst. 6300.950.2058.6 T Südbrücke – Sanierung Treppenanlage und Gehwege –
DS-Nr.: 1313/006

II. Durchgang

Beschluss (Rat am 14.11.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Sanierung der in der Unterhaltungslast der Stadt Köln befindlichen randseitigen Gehwege sowie der für diese Wegebeziehung erforderlichen Treppenhäuser der Südbrücke.

Gleichzeitig beschließt der Rat die 1. Freigabe der Planungsmittel von 50.000,00 EUR bei der Haushaltsstelle 6300.950.2058.6 T Südbrücke – Sanierung Treppenanlage und Gehwege – im Hj. 2006.

Die Verwaltung wird darüber hinaus - *entsprechend den Anregungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Porz* - gebeten zu prüfen, ob

- *die Geh- und Radwege verbreitert werden können, um einen gefährlosen fuß- und radläufigen Verkehr zu ermöglichen*
- *die Geländer aus Sicherheitsgründen erhöht werden können*
- *eine bessere Ausleuchtung der Treppenhäuser möglich ist*
- *die Errichtung von Rampen auf beiden Rheinseiten in die mittelfristige Planung aufgenommen werden kann bzw.*
- *rechtsrheinisch zu einem Turm der Brücke eine Rampe angelegt werden kann (z.B. über die Alfred-Schütte-Allee am Bahndamm entlang in die Straße Am Schnellert), um das Prinzip der Barrierefreiheit wenigstens auf der Nordseite zu verwirklichen.*

Die Prüfergebnisse sind dem Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen zu gegebener Zeit mitzuteilen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planung ist beauftragt und wird in Abhängigkeit der gutachterlichen Feststellungen Zug um Zug erweitert.

Die von der Bezirksvertretung Innenstadt und Porz angeregten Ergänzungen sind intern abgestimmt und werden ebenfalls im Zuge der Planung bearbeitet. Die aufwändigen Abstimmungen mit der Bahn AG und dem Stadtkonservator wurden ebenfalls in Angriff genommen.

Derzeit werden die ersten vorstatischen Berechnungen für die Tragkonstruktion der Rad-/ Gehwege und die zu erhöhenden Geländer bei einer gleichzeitigen Verbreiterung des Gehwegs um ca. 20 cm durchgeführt.

Neuer Sachstand:

Der Baubeschluss liegt vor. Nach Einarbeitung der Erkenntnisse zur gehindertengerechten Anbindung werden die Leistungsverzeichnisse vervollständigt. Mit einer zeitlich verzögerten Beauftragung ist im Sommer 2009 zu rechnen.

- 5.3 Planungsbeschluss zur Generalsanierung von sechs Stützmauern und zwei Straßenbrücken im Bereich zwischen Boltensternstraße und Slabystraße sowie erste Freigabe von Planungsmitteln im Hpl.-Unterabschnitt 6300, Gemeindestraßen bei Haushaltsstelle 6300.950.2075.0 – T Stützmauer Boltensternstraße/An der Schanz -, Hj. 2006
DS-Nr.: 1493/006

Beschluss (Rat am 14.11.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Sanierung der sechs Stützmauern und zwei Straßenbrücken im Bereich zwischen Boltensternstraße und Slabystraße.

Gleichzeitig beschließt der Rat die erste Freigabe von Planungsmitteln in Höhe von 100.000,00 EURO bei der Haushaltsstelle 6300.950.2075.0 – T Stützmauer Boltensternstraße / An der Schanz – im Haushaltsjahr 2006.

Sachstand zum 30.06.2007:

Zurzeit werden die gutachterlichen Stellungnahmen bearbeitet und die Planung der Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die Ausschreibung der Sanierungsmaßnahme ist für das Jahr 2008 vorgesehen.

Neuer Sachstand:

Die Planungen erfordern mehr Zeitaufwand als vorgesehen. Zurzeit werden Baumfällungen und Grundstücksangelegenheiten abgestimmt.

- 5.9 Baubeschluss zur Sanierung der fünf städtischen Straßentunnel sowie überplanmäßige Ausgabe bei Haushaltsstelle 6300.511.0000.0 - Unterhaltung Brücken und Fußgängertunnel; Hj. 2006
DS-Nr.: 1624/006

Beschluss (Rat am 14.11.2006):

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Sanierungsarbeiten der Prioritätenstufe 1 an den fünf städtischen Straßentunneln mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 1.500.000,00 EURO.

Für die Umsetzung der Baumaßnahme beschließt der Rat im Hj. 2006 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 500.000 EURO bei Haushaltsstelle 6300.511.0000.0 – Unterhaltung von Brücken und Fußgän-

gertunnel. Die Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben bei der Haushaltsstelle 8200.511.0000.7 – Unterhaltung Stadtbahnanlagen.

Die restlichen Mittel in Höhe von 1.000.000,00 EURO sind im Haushaltsplan 2007 bei Haushaltsstelle 6300.511.0000.0 zur Verfügung zu stellen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Zur Sanierung der städtischen Straßentunnel gemäß der RABT 2006 (Richtlinie für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln) wurden bislang Gutachten für die Betriebstechnik, die Tunnellüftung, die Tunnelbeleuchtung, den Brandschutz und die Erfordernis von Fluchtwegen erstellt. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ist beauftragt, die Arbeiten der Prioritätsstufe 1 planerisch zu bearbeiten. Die Projektbearbeitung hat begonnen.

Weiterhin werden vom Amt für Brücken und Stadtbahnbau Prüfberichte nach DIN 1076 zum baulichen Zustand der Straßentunnel erstellt. Diese müssen aufgrund der Personalsituation durch extern zu beauftragende Ingenieurbüros angefertigt werden. Die Untersuchung des Tunnels Grenzstraße ist abgeschlossen. Die Untersuchung des Tunnels Herkulesstraße wird Ende Juli 2007 durchgeführt. Die weiteren Tunnelbauwerke werden sukzessive im Laufe des Jahres nach Bereitstellung der Finanzmittel geprüft.

Derzeit gibt es noch keine Projektgruppe zur Bearbeitung der umfangreichen Aufgabe beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau. Der Rat hat hierzu im Haushalt 2007 entsprechende Stellen beschlossen. Nach Freigabe der Mittel wird die Projektgruppe im Laufe der nächsten Monate aufgebaut. Zur Bewältigung der umfangreichen Aufgabe sind mehrere Jahre erforderlich.

Neuer Sachstand:

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wird mit den Arbeiten, eingestuft als Priorität 1+, im Frühjahr 2009 beginnen.

Beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau ist die erforderliche Projektgruppe derzeit mit einem Ingenieur besetzt und weiterhin nur im Aufbau begriffen.

Bei der Bezirksregierung Köln wurde ein Antrag auf Bezuschussung der Tunnelnachrüstung gestellt. Dem Rat wird am 13.11.2008 ein erweiterter Planungsbeschluss für die Maßnahmen vorgelegt.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 19. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 28.11.2006

TOP 5 **Vorberatungen (*Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss*)**

- 5.1 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Ebertplatz sowie Freigabe von Planungsmitteln bei Haushaltsstelle 8200.950.6104.1 Stadtbahnst. Ebertplatz – Umsetzung Niederflurkonzept, Hj. 2006
DS-Nr.: 1552/006

II. Durchgang

Beschluss (Rat am 14.12.2006):

Der Rat mit dem Planungskonzept zum Umbau der Stadtbahnhaltestelle Ebertplatz in eine Anlage mit zwei barrierefreien Mittelbahnsteigen inklusive Aufzugsnachrüstung einverstanden und beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen, die Finanzierung sicherzustellen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 110.000,00 EUR Planungsmitteln des Hj. 2006 bei Haushaltsstelle 8200.950.6104.1 Stadtbahnst. Ebertplatz - Umsetzung Niederflurkonzept.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planungen sind in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist derzeit noch im Bau. Die Fertigstellung inkl. Inbetriebnahme der Aufzüge ist für Anfang 2009 vorgesehen.

5.2

Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora

hier: Erweiterter Planungsbeschluss für die Bahnsteiganhebung und den Einbau von Aufzügen sowie überplanmäßige Ausgabe bei Haushaltsstelle 8200.950.6005.0 T Stadtbahnst. Slabystr./Süd – Zoo/Flora – Bahnsteiganh./Aufzüge -, Hj. 2006
DS-Nr.: 1551/006

II. Durchgang**Beschluss (Rat am 14.12.2006):**

Der Rat ist mit der Planung zur Bahnsteiganhebung und Aufzugsnachrüstung an der Haltestelle Zoo/Flora einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen, die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 80.000,00 EUR bei der Haushaltsstelle 8200.950.6005.0 T Stadtbahnst. Slabystraße/Süd – Zoo/Flora – Bahnsteiganh./Aufzüge -, Hj. 2006. Die Deckung erfolgt im Hj. 2006 durch Wenigerausgabe in Höhe von 80.000,00 EUR bei Haushaltsstelle 8200.950.5110.9 T Stadtbahn Rhein-Sieg BA Weiden/Lövenich.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Planungen sind in Bearbeitung.

Neuer Sachstand:

Die Planungen sind weitgehend abgeschlossen. Genehmigungs- und Förderantrag wurden eingereicht. Die Baudurchführung soll im 2. Quartal 2009 beginnen.

5.5

1. Planungsbeschluss für die Maßnahme „Südliche Ringstrecke“ zwischen Ubierring/Mainzer Straße und Ulrepforte
2. Überplanmäßige Ausgabe und zusätzliche Freigabe bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel und weitere Freigabe von Planungsmitteln bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 – Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung), Haushaltsjahr 2006
DS-Nr.: 1747/006

Beschluss (Rat am 14.12.2006):

Der Rat ist mit der Aufnahme der Planung der Maßnahme „Südliche Ringstrecke“ zwischen Ubierring/Mainzer Straße und Ulrepforte einver-

standen und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen, die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten und die Finanzierung sicherzustellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe von 38.000,00 € bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel sowie die Freigabe von Planungsmitteln und in Höhe von 29.000,00 € bei Haushaltsstelle 6300.950.1500.8 – Planungsmittel und in Höhe von 33.000,00 € bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 – Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung), Haushaltsjahr 2006. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch Wenigerausgaben in Höhe von 38.000,00 € bei Haushaltsstelle 8200.950.9090.9 - Beschleunigungsmaßnahme Linie 12 nördlicher Ast (Überwegsicherung) und Beschleunigungsmaßnahme Ringe südlicher Ast (Überwegsicherung).

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Änderungswünsche der KVB im Zuge des Mitzeichnungsverfahren bezüglich der Beschlussvorlage Südliche Ringe "Erweiterter Planungsbeschluss für die Überwegsicherung Vorgebirgstraße/Sachsenring (Ulrepforte) und Karolingerring/Brunostraße sowie Ubierring/Mainzer Straße" werden derzeit abgearbeitet.

Neuer Sachstand:

Aufgrund des Beschluss des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 („Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtlich und technisch möglichen Steuerungsmöglichkeiten für den Verkehr auf dem Ubierring darzustellen und die Auswirkungen für alle Verkehrsteilnehmer zu bewerten. Unter dem Gesichtspunkt, eine stadtraumverträgliche und die Sicherheitsinteressen von Fußgängern und Radfahren garantierende Lösung zu realisieren, ist ein Vorschlag zu unterbreiten“) sind Änderungen des Planungsbeschlusses „Südliche Ringe“ notwendig.

Die Verwaltung strebt an, diese Maßnahme „Südliche Ringe“ in die Abschnitte „Südliche Ringe Nord“ mit Ulrepforte und Karolingerring sowie „Südliche Ringe Süd“ mit den Anlagen Haltestelle Chlodwigplatz, Alteburger Straße und Mainzer Straße. aufzugliedern. Beide Vorlagen sollen gleichzeitig in den Verkehrsausschuss, um eine zusammenhängende Diskussion zu führen.

Für die Alteburger Straße wurden laut Beschluss des Verkehrsausschusses vom 06.05.2008 alle Varianten dargestellt und der KVB zur Stellungnahme sowie zur Abstimmung mit Polizei und Technische Aufsichtsbehörde weitergeleitet. Nach erfolgter Stellungnahme der KVB wird jeweils eine Beschlussvorlage gefertigt und dem Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 20. Sitzung (3. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, den 14.12.2006

TOP 1 **Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 1.1 Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Zoobrücke in dem Streckenabschnitt zwischen BAB-Autobahnkreuz Köln-Ost bis Amsterdamer Str. (1. Stufe)
 DS-Nr.: 1755/006
 Änderungsantrag der Fraktion pro Köln vom 12. Dezember 2006
 DS-Nr.: 1918/006
 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14. Dezember 2006
 DS-Nr.: 1932/006

Beschluss (Rat am 14.12.2006):

Der Rat beschließt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Zoobrücke in dem Streckenabschnitt zwischen BAB-Autobahnkreuz Köln-Ost bis Amsterdamer Straße die Einrichtung einer kaskadenförmig angeordneten stationären Geschwindigkeitsüberwachung. Ziel ist es, bei einmaligen Investitionskosten von 200.000 EUR sowie laufenden Kosten von jährlich 110.700 EUR, Unfallhäufungen und Geschwindigkeitsüberschreitungen nachhaltig zu reduzieren.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Finanzierung der Investitionskosten die Freigabe vorhandener Kassenmittel i. H. v. 128.000 EUR sowie eine überplanmäßige Mehrausgabe von 72.000 EUR bei Hst. 1120.950.1000.8; Herrichtung stationärer Geschwindigkeitskontrollen, mit Deckung aus Hst. 0210.936.0100.9, Ausstattung und Geräte anlässlich Umzüge, Hj. 2006.

Die erforderlichen Mittel zur Unterhaltung der Anlage sind im Hpl.-Entwurf 2007 bereits berücksichtigt.

mit der Ergänzung:

Der Rat beauftragt die Verwaltung ergänzend mit der Prüfung weiterer Unfallpräventionsmaßnahmen und Maßnahmen zur Verringerung der Stauerscheinungen auf der Zoobrücke bzw. auf der Abbiegespur zur Rheinuferstraße.

Hierbei ist insbesondere eine durch entsprechende Fahrbahnmarkierung zu schaffende zweispurige Verkehrsführung auf der Rampenabfahrt zur Rheinuferstraße zu prüfen sowie darüber hinaus eine Führung

des Verkehrs durch die vorhandene Schleife unter der Zoobrücke hindurch.

Die Ergebnisse sind dem Verkehrsausschuss umgehend vorzulegen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die erforderlichen Ausschreibungen für die Herrichtung des Fahrbahnbelages sowie für die eigentliche Messtechnik sind erfolgt. Die im Vorfeld der eigentlichen Herrichtung der Messstellen erforderlichen Fahrbahnbelagsarbeiten sind für den 10. August 2007 terminiert. Nach erfolgter Ausführung muss der Fahrbahnbelag mindestens drei Wochen ruhen, bevor mit den Einbauarbeiten der Induktionsschleifen in den Fahrbahnbelag begonnen werden kann.

Die Vergabe für die eigentliche Messtechnik ist nach derzeitigem Planungsstand für die 32. KW 2007 (06. – 10. August 2007) vorgesehen.

Die betriebsbereite Installation der fünf Messstellen dauert rund 3-4 Wochen. Es ist vorgesehen, alle Messstellen bis Mitte September betriebsbereit zu installieren.

Neuer Sachstand:

Die fünf Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen wurden am 08.11.2007 in Betrieb genommen.

Weiterhin wurde geprüft, ob der Abfluss von der Zoobrücke durch die Verlängerung der Grünzeiten bei Ausfahrt auf das Niederländer Ufer zu Lasten der Verkehrsströme auf dem Ufer verbessert werden könne. Hier kam die Verwaltung jedoch insgesamt zu dem Ergebnis, dass eine Änderung der Signalisierung erheblich Probleme für andere Verkehrsteilnehmer mit nicht auszuschließenden Gefahren mit sich brächte. Im Hinblick darauf, dass sich der Abfluss der Rampe in der heutigen Form signaltechnisch bewährt hat, wurde eine Änderung im Zusammenhang mit dem derzeitigen Ausbauzustand abgelehnt.

Untersucht wird jedoch noch, ob der Abfluss von der Brücke durch die Anlage einer weiteren Spur auf der Abfahrt optimiert werden kann. Bezüglich dieser Frage sind noch Untersuchungen anhängig, so dass eine Entscheidung über eine eventuelle Umgestaltung derzeit nicht getroffen werden kann. Sofern allerdings eine Umgestaltung der Rampe mit einer zweispurigen Führung erfolgt, werden zusätzliche Anpassungen signaltechnischer Art erforderlich.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 21. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 23.01.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.5 Kreisverkehr Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad Ds-Nr.: 0011/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung, mit dem Bau des Kreisverkehrs an dem Knotenpunkt Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG).

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Mülheim uneingeschränkt zustimmt.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Finanzierungsantrag ist fertig gestellt und wurde im Juni 2007 dem Zuschussgeber vorgelegt. Laut Einplanungsmittteilung der BR Köln vom 29.06.2007 ist die Maßnahme im Förderprogramm für das Jahr 2008 enthalten, so dass mit einer Bewilligung der Fördermittel in 2008 zu rechnen ist.

Neuer Sachstand:

Die Planung wurde abgeschlossen. Die Zuschüsse von Bund und Land sind bewilligt. Die Maßnahme befindet sich in der Bauvorbereitung.

4.9 Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in der Kölner U-Bahn in den Bereichen Appellhofplatz und Poststraße sowie Rothgerberbach und Perlengraben. Ds-Nr.: 0032/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Brandschutznachrüstung der Kabelkanalabdeckungen in den städtischen U-Bahn-Strecken. Die Nachrüstung erfolgt im ersten Schritt in den Bereichen Appellhofplatz und Poststraße sowie Rothgerberbach und Perlengraben.

Das Kostenvolumen beträgt 503.000,00 EURO. Die entsprechenden Kassenmittel stehen im Hpl.-Entwurf 2007 bei der Haushaltsstelle 8200.511.0000.7 – Unterhaltung Stadtbahnanlagen zur Verfügung.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Submission zur Durchführung der Arbeiten hat stattgefunden. Zurzeit laufen die Prüfungen zur Freigabe des Auftrages beim Vergabeamt der Stadt. Nach Freigabe und Beauftragung können die Arbeiten kurzfristig noch im Jahr 2007 begonnen werden.

Neuer Sachstand:

Die Ausschreibung musste wegen Nichtprüfbarkeit und fehlerhaften Angeboten aufgehoben werden. Nach erneuter Ausschreibung und Submission beginnen die Arbeiten nun am 03.11.2008.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 22. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 13.03.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Neugestaltung des nördlichen Bahnhofsvorplatzes - Breslauer Platz nach Abschluss der Arbeiten an der Nord-Süd-Stadtbahn Ds-Nr.: 0731/006

Beschluss (entsprechend Anlage 10 der Vorlage):

1. Der Verkehrsausschuss nimmt die Planungsgrundlage für die Gestaltung des nördlichen Bahnhofsvorplatzbereiches – Breslauer Platz zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Variante 1 (Kreisverkehr und Radfahrstreifen) mit der weiteren Ausarbeitung dieser Planung.
2. Auf eine Wiederherstellung der Oberflächen in ihrer bis vor dem U-Bahn Bau vorhandenen Form durch die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) wird verzichtet. Eine Verrechnung der dafür veranschlagten Kosten mit den höheren, durch die Stadt Köln zu tragenden Kosten der Neugestaltung, ist anzustreben.
3. Die notwendigen Grundstücksverhandlungen mit den beteiligten Gesellschaften der Bahn AG sind durch die Verwaltung aufzunehmen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Mit der Ausführungs- und Gestaltungsplanung wurde begonnen. In einem ersten Gespräch wurden der Bahn AG die Planungen vorgestellt, so dass nun die bahninternen Abstimmungen zwischen den beteiligten Gesellschaften durchgeführt werden können.

Neuer Sachstand:

Eine Vorlage für den Ausbau eines ersten Teilabschnittes und die Darstellung der weiteren Vorgehensweise wird dem Verkehrsausschuss in der Sitzung am 28.10.2008 zur Beschlussfassung vorgelegt.

4.2 Programm Umgestaltung Ringe Ds-Nr.: 1959/006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des vorgeleg-

ten „Programms Umgestaltung Ringe“ die Planungen, wie folgt, kontinuierlich zu erarbeiten und dem Verkehrsausschuss zum Beschluss vorzulegen:

1. Entwurfsplanung für die erste Stufe des Programms *für den Planfall 2 (Generelle Einstreifigkeit auf den Streckenabschnitten)*
2. Entwurfsplanung für die zweite Stufe des Programms
3. Konzeptionelle Planung für die dritte Stufe des Programms *(unter Berücksichtigung der Anlage 3 der Vorlage)*

Voraussetzung für die Umsetzung der Maßnahmen ist eine 50-prozentige freiwillige Beteiligung der Anlieger an der Finanzierung des Ausbaus.

Sachstand zum 30.06.2007:

Zur Zeit werden die Ziffern eins und zwei des Beschlusses weiter bearbeitet.

Neuer Sachstand:

Es wird zunächst auf die Mitteilung der Verwaltung zur Sitzung am 19.08.2008, TOP 7.2 verwiesen.

4.5 Ausbau der Lützerathstraße (L358) zwischen Rösrather Straße (L284) und Rather Mauspfad (L73) inkl. Umgestaltung des Knotenpunktes Lützerathstraße/Rösrather Straße in einen Kreisverkehr Ds-Nr.: 0039/007

Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Kalk am 01.03.2007):

Der Verkehrsausschuss stimmt den vorgelegten Ausbauplänen LP/8-808-2078 1 bis 7 zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme nach Sicherstellung der Finanzierung für den Bauabschnitt Rösrather Straße bis Lützerathstraße Hausnummer 113 nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und für den Bauabschnitt Lützerathstraße Hausnummer 113 bis Rather Mauspfad aus dem Erschließungshaushalt.

Abweichend von der vorgelegten Ausbauplanung sollen folgende Planänderungen eingearbeitet werden:

- Der Linksabbieger auf der Rösrather Straße in die Porzer Straße wird nicht separat markiert. Um den Verkehr nicht optisch aufzufordern, in die Porzer Straße einzufahren, soll hier nur eine überbreite Fahrspur hergestellt werden, die es ermöglicht, dass an einem auf den Gegenverkehr wartenden Kfz vorbeigefahren werden kann.

- Der Straßenquerschnitt der Lützerathstraße soll entgegen der vorliegenden Planung wie folgt aufgeteilt werden: Beidseitige Gehwege, einseitiges Parken und beidseitige Schutzstreifen für Radfahrer, die auf der Fahrbahn markiert werden. Hierdurch soll gewährleistet sein, dass entlang der Lützerathstraße ausreichender Parkraum für die Anlieger zur Verfügung steht. (Dieser Querschnitt wird aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ca. ab Höhe Hausnr. 26 möglich sein. Von der Rösrather Straße bis Hausnr. 26 ist aus Platzgründen nur eine Aufteilung in Fahrbahn und beidseitige Gehwege möglich.)
- Der Parkstreifen in Höhe der Einmündung Am Burgacker wird auf die gegenüberliegende Straßenseite verlegt. (Anmerkung: Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der freizuhaltenden Sichtdreiecke an den beiden Einmündungen und den bestehenden Zufahrten weniger Parkplätze als auf der gegenüberliegenden Seite möglich sind.)
- Des Weiteren ist an den Einmündungen Rather Kirchweg die Einrichtung zusätzlicher Querungshilfen für Fußgänger, Radfahrer und Reiter zu prüfen.
- Des Weiteren ist an den Einmündungen östlich der Gröppersgasse die Einrichtung zusätzlicher Querungshilfen für Fußgänger und Radfahrer zu prüfen.
- Alle Querungshilfen sollen, wenn möglich, mit einer Aufstellfläche für linksabbiegende Radfahrer kombiniert werden
- Die bestehende signalisierte Fußgängerquerung westlich der Einmündung Gröppersgasse soll an ihrem jetzigen Standort bestehen bleiben.
- Die geplanten Bäume innerhalb des Parkstreifens entlang der Wiese entfallen.
- Der Plan Nr. 7 bleibt wie bisher geplant bestehen, da hier der Anschluss an den vorhandenen einseitigen gemeinsamen Geh- und Radweg erfolgt.

Die Verwaltung wird gebeten:

- Die Grundstücks- und Eigentumsverhältnisse werden noch einmal genau überprüft. Bei eventuellen punktuellen Einengungen wird der Querschnitt entsprechend angepasst. Dies trifft insbesondere auf Hausnr. 20 zu.
- Für den Baum östlich Hausnr. 44 wird ein Fällantrag gestellt, da eine Gefährdung der Verkehrssicherheit besteht und ein voraussichtlicher Mangel an Standsicherheit nach erfolgter Ausbaumaßnahme zu erwarten ist. Für die nötigen Ausgleichsmaßnahmen ist zu sorgen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Antrag auf Fördermittel wird dem Zuschussgeber im Sommer 2007 vorgelegt. Im Oktober 2007 finden mit der BR Köln und dem Ministerium für Bauen und Verkehr die Programmberatungsgespräche statt. Im Rahmen derer werden die jeweiligen Bewilligungszeiträume festgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung hat den Zuschussantrag eingereicht und sieht gute Chancen, dass dieser im Jahre 2009 bewilligt wird.

**4.7 Erneuerung des Bohlenbelages der Fuß- und Radwegbrücke über der Hafeneinfahrt Niehl
Ds-Nr.: 0181/007****Beschluss**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung des Bohlenbelages der Fuß- und Radwegbrücke über der Hafeneinfahrt Niehl.

Das Kostenvolumen beträgt 272.000,00 EURO. Die entsprechenden Kassenmittel stehen im Hpl.-Entwurf 2007 bei der Haushaltsstelle 6300.511.0000.0 – Unterhaltung Brücken und Fußgängertunnel zur Verfügung.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Arbeiten sind submittiert. Zurzeit werden die Arbeiten beim städtischen Rechnungsprüfungsamt bearbeitet. Nach abschließender Prüfung und Freigabe durch das Vergabeamt der Stadt kann der Auftrag erteilt werden. Die Arbeiten sollen noch im Jahr 2007 begonnen werden. Geplanter Baubeginn ist das 4. Quartal 2007.

Neuer Sachstand:

Die Arbeiten werden bis 15.12.2008 fertig gestellt sein.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 23. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 23.04.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Buslinienführung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz nach Fertigstellung der 1. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn Ds-Nr.: 0194/007

Beschluss:

Anstatt der vorgeschlagenen zwei Buskaps wird nur ein Buskap baulich hergerichtet. Dieses Buskap wird so gestaltet, dass zwei Busse hintereinander in das Buskap einfahren und dort halten können.

Damit Irritationen für die Fahrgäste vermieden werden, ist durch eine Signalisierung sicherzustellen, dass für die Fahrgäste jederzeit ersichtlich ist, welche Buslinie im vorderen und welche Buslinie im hinteren Bereich des Buskaps hält und abfährt und welches Ziel sie hat.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit der KVB dahingehend zu führen, dass die Tageszeitpläne so gestaltet werden, dass nicht zwei Busse gleichzeitig die notwendigen Pufferzeiträume im Buskap verbringen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Beschluss wird zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn voraussichtlich im Jahr 2010 umgesetzt.

Neuer Sachstand:

Die konkreten Planungen zur Oberflächengestaltung im Bereich Bonner Straße/Chlodwigplatz werden der Bezirksvertretung Innenstadt im November 2008 von der Fachverwaltung vorgelegt. Der Beschluss ist Bestandteil dieser Planungen. Die Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn hat sich auf Mitte 2011 verschoben.

**4.3 Erweiterter Planungsbeschluss für die Erneuerung der westlichen Treppenanlage der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße sowie Freigabe von Planungsmitteln bei Haushaltsstelle 8200.950.8009.0 T Haltest. Severinstr. -Erneuerg. der westl. Treppenanlage-, Hj. 2007
Ds-Nr.: 0271/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss ist mit der Planung für die Erneuerung der westlichen Treppenanlage an der Stadtbahnhaltestelle Severinstraße einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen

Der Finanzausschuss beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von 61.000,00 € Planungsmitteln des Hj. 2007 bei Haushaltsstelle 8200.950.8009.0 T Haltest. Severinstr. -Erneuerg. der westl. Treppenanlage-.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Bau der Treppe an der Haltestelle Severinstraße wird zurzeit einer ingenieurstechnischen Planung unterzogen. Anschließend ist der Baubeschluss einzuholen. Es ist beabsichtigt die Ausschreibung noch im Jahr 2007 zu veröffentlichen. Die Bau durchführung ist für das Jahr 2008 vorgesehen. Die Arbeiten müssen in Abstimmung mit den Gewerken der Nord-Süd Stadtbahn bis Ende 2008 abgeschlossen sein.

Neuer Sachstand:

Die Planung und Abstimmung mit der KVB und Bezirksregierung gestalteten sich langwieriger als vorgesehen. Am 13.11.2008 wird dem Rat der Baubeschluss vorgelegt. Danach erfolgen die Ausschreibung und die Vergabe. Mit einem Baubeginn Frühjahr 2009 ist zu rechnen.

**4.5 Regionale 2010 - Rad Region Rheinland
Ds-Nr.: 0312/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Projekt „Rad Region Rheinland“ im Rahmen der Regionale 2010 inhaltlich weiter zu bearbeiten, das Projekt weiterhin federführend für die Region Köln/Bonn zu betreuen und die Finanzierung für die weiteren erforderlichen Arbeitsschritte und Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Köln sicherzustellen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Nachdem die Planung den Kommunen innerhalb der Region Köln/Bonn vorgestellt worden ist, erfolgte die Vorlage einer mit allen Gebietskörperschaften in der Region abgestimmten und flächendeckenden Netzplanung. Auf dieser Basis wird das Radwegenetz mit seinen regionalen und touristischen Besonderheiten festgelegt. Dem Beispiel der Planung folgend, sollen nun das vorhandene Potenzial im Tourismus erschlossen und existierende Produkte und Projekte optimiert, ergänzt und verknüpft werden. In einem Workshop im September 2007 sollen – auch mit Blick auf positive Beispiele der etablierten Fahrradregionen in Nordrhein-Westfalen – das Potenzial aufgedeckt, mögliche Synergien gezeigt und die praktische touristische Arbeit vorbereitet werden. Der touristische Fachbeitrag zum Masterplan RadRegionRheinland soll darauf aufbauend erstellt werden. Die Arbeiten werden in Kooperation mit der Stadt Köln von der Regionale 2010 Agentur vergeben. Die entsprechende Vereinbarung ist im Juli geschlossen worden.

Neuer Sachstand:

Das Projekt hat am 21.06.2008 den A-Status erreicht. Der Masterplan ist erstellt worden und wird zurzeit zwischen allen Beteiligten abgestimmt. Mit Unterstützung der Regionale 2010 Agentur wird ein Betreibermodell erarbeitet, mit dem die Weiterführung des Projektes auch nach dem Regionalejahr 2010 sichergestellt wird. Als nächster Schritt sind die Planung des Beschilderungssystems und der Aufbau der Beschilderung bis 2010 erforderlich.

- 4.6**
- 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens**
Hier: Hst.: 6300.950.6611.8 Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau (Chlodwigplatz bis Marienburg)
 - 2. Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushaltes**
Hier: Hst.: 6300.950.6611.8 Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau (Chlodwigplatz bis Marienburg)
Ds-Nr.: 0339/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau (Chlodwigplatz bis Marienburg) fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 1.189.000 € bei Hst.: 6300.950.6611.8, Generalinstandsetzung nach Gleisrückbau (Chlodwigplatz bis Marienburg), Hj. 2007.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Verwaltung hat das Vergabeverfahren eingeleitet.

Neuer Sachstand:

Die o. g. Maßnahme wurde Anfang 2007 begonnen und befindet sich derzeit noch in der Ausführung. Als voraussichtliches Ende ist Dezember 2008 vorgesehen.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 24. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 12.06.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Verkehrliche Optimierung im Bereich Clevischer Ring/Keupstraße
Ds-Nr.: 0029/007
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD- Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2007
Ds-Nr.: A/0279/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung, die verkehrlichen Abläufe im Bereich Clevischer Ring/Keupstraße durch den Bau eines Linksabbiegers im Bereich des vorhandenen Grünstreifens zu optimieren

mit folgenden Maßgaben:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Länge der Abbiegespur reduziert werden kann.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es Alternativrouten für LKWs gibt, die das Stadtgebiet und vor allem die Umweltzone vom LKW-Verkehr entlasten.
3. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im Zuge der Maßnahme am Clevischen Ring im Verlauf der Straße nördlich ein Fahrradweg angelegt werden kann, der die Lücke im Fahrradnetz an dieser Stelle*

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Kostenanschlag ist erstellt, so dass voraussichtlich im Oktober mit der Umsetzung der Maßnahme zu rechnen ist.

Die Stellungnahmen zu den o. g. Fragen werden derzeit innerhalb der Verwaltung abgestimmt.

Neuer Sachstand:

zu 1: Die Realisierung der Maßnahme erfolgte im April 2008.

zu 2: Außer dem nahegelegenen Autobahnkreuz stehen innerstädtisch keine Alternativen zur Verfügung.

Zu 3: Der Radweglückenschluss erfolgt mit der Realisierung der Maßnahme Markgrafenstraße.

**4.2 Optimierung von Lichtsignalanlagen entlang der Inneren Kanalstraße
- Universitätsstraße
Ds-Nr.: 0030/007
Gemeinsamer Ergänzungsantrag der SPD- Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2007
Ds-Nr.: A/0274/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, neue signaltechnische Planungen für die 25 Lichtsignalanlagen auf dem Streckenzug Innere Kanalstraße – Universitätsstraße, von der Niehler Straße bis zur Straße Am Vorgebirgstor, zu erarbeiten und Zuschüsse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu beantragen.

mit folgenden Ergänzungen/Maßgaben:

1. Es ist grundsätzlich auf die Schaltung von Fußgänger-Anforderungsampeln zu verzichten. Sollte die Verwaltung nach Prüfung bei konkreten Übergängen anders agieren wollen, ist dies dem Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.
2. Die Ampelschaltung ist so einzurichten, dass mobilitätseingeschränkte Personen queren können.
3. Bei der Entwicklung der neuen signaltechnischen Planungen für die 25 Lichtsignalanlagen soll die potenzielle Buslinie mit einprogrammiert werden.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu überprüfen, wo die Geschwindigkeit auf Tempo 50 km/h reduziert werden kann und die Ampelschaltung danach auszurichten.
5. Im Fall der Einrichtung einer Linksabbiegespur (Fahrtrichtung Zoobrücke) in die Vogelsangerstraße ist die Einziehung der Linksabbiegespur in die Venloer Straße zu prüfen.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Verwaltung erstellt zur Zeit die Kostenermittlung und wird dann mit dem Zuschussgeber klären, in welcher Höhe eine Bezuschussung erfolgen kann. In Abhängigkeit dessen wird anschließend die Entwurfsplanung erstellt.

Neuer Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

4.4 Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Innere Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel
Ds-Nr.: 0381/2007
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2007
Ds-Nr.: A/0275/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des vorgelegten Vorentwurfs die Ausbauplanung für die Umgestaltung der Venloer Straße zwischen Innere Kanalstraße und Ehrenfeldgürtel **mit folgenden Änderungen und Ergänzungen**

- Die Grenze zwischen Stellplätzen und Bürgersteig ist nicht als Kante auszuführen sondern als Markierung. Stattdessen muss ein schräger Übergang geschaffen werden.
- Die Ablaufrinne ist so umzubauen, dass Radfahrer sicherer fahren können.
- Es sind alle Möglichkeiten der Markierung auszuschöpfen, z.B. Piktogramme alle 15 Meter auf dem Fahrradstreifen.
- Anordnung von erhöhtem Ausmaß an Kontrollen durch Ordnungsamt und Polizei, um das Parken in der zweiten Reihe sowie in den Lieferzonen besser sicher zu stellen.
- Es werden 10 Parkplätze entlang der Venloer Straße zu Fahrradparkplätzen mit entsprechenden Abstellanlagen umgewandelt
- Bei der Gestaltung der Flächen ist grundsätzlich die Möglichkeit für anliegende Gastronomiebetriebe zu berücksichtigen, Parkflächen vor ihrem Lokal für Außengastronomie nutzen zu können.

zu erstellen und die Finanzierung der Maßnahme über den Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2008 sicherzustellen. Ein separater Baubeschluss, der Beschluss zur Bedarfsfeststellung und der Beschluss im Rahmen des Mittelfreigabeverfahrens werden nach Rechtskraft des Hpl. 2008 eingeholt.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Verwaltung wird die Änderungen und Ergänzungen des Verkehrsausschusses bei der weiteren Planung berücksichtigen.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltung wird die Ausführungsplanung für die Venloer Straße im 1. Bauabschnitt von Ehrenfeldgürtel bis zum Bereich Piusstraße / Fuchsstraße erstellt. Dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Ehrenfeld wird die Ausführungsplanung im Dezember 2008 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Es ist vor-

gesehen, den 1. Bauabschnitt der Venloer Straße im Abschnitt von Ehrenfeldgürtel bis zum Bereich Piusstraße / Fuchsstraße kurzfristig zu realisieren.

Für den 2. Bauabschnitt von dem Bereich Piusstraße / Fuchsstraße bis Innere Kanalstraße bzw. darüber hinaus wird für die Erschließung der geplanten Moschee noch die Ausführungsplanung durch ein von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) beauftragtes Ingenieurbüro erstellt. Die Umgestaltung des 2. Bauabschnittes wird durch die DITIB im Rahmen des Erschließungsvertrages für den Bau der geplanten Moschee abgewickelt und finanziert.

4.6 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens 2. Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushaltes

**Hier: Hst. 6300.950.5048.4 - Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße
Ds-Nr.: 0500/007**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 214.000 € bei Hst.:
6300.950.5048.4, Deutzer Ring/Deutz-Kalker Straße/Gießener Straße, Hj. 2007

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Baubeginn ist für Ende 2007 vorgesehen. Derzeit steht die Genehmigung zur Fällung der überplanten Bäume aus. Die Prüfung, ob ein Kreisverkehr möglich ist, erfolgt kurzfristig. Das Ergebnis wird der BV 1 und dem Verkehrsausschuss mitgeteilt.

Neuer Sachstand:

Die Planung ist abgeschlossen und wurde an die Bauausführung übergeben.

**4.11 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung Vergabeverfahren
Instandsetzungsbedarf von Straßen in Köln-Niehl
Ds-Nr.: 0535/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Instandsetzung der Straßen Niehler Damm Hausnummer 233 – 275, Merkenicher Straße (zwischen Bremerhavener Straße - Geestemünder Straße), Bremerhavener Straße (Einmündungsbereich Merkenicher Straße) sowie Geestemünder Straße (zwischen Merkenicher Straße - Emdener Straße) in Köln-Niehl (nach Hochwasserschutzmaßnahmen mit Beteiligung der Stadtentwässerungsbetriebe) fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 30.06.2007:

Die Ausschreibung der o.g. Maßnahmen ist in Vorbereitung. Das Vergabeverfahren erfolgt - wegen gemeinsamer Bauausführung - durch die Stadtentwässerungsbetriebe.

Neuer Sachstand:

Die Maßnahme ist bis auf die Geestemünder Str. bereits ausgeführt.

**4.12 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Umbau Lichtsignalanlagen, Frankfurter Straße
Ds-Nr.: 0561/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für den Umbau der Lichtsignalanlagen auf der Frankfurter Straße in Porz-Gremberghoven fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand zum 30.06.2007:

Alle notwendigen Vorbereitungen wurden getroffen, so dass diese Maßnahme noch in 2007 zur Ausführung kommt.

Neuer Sachstand:

Diese Maßnahme befindet sich zurzeit in der Umsetzung. Sie soll Ende 2008 abgeschlossen werden.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.6 Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Erweiterung des Park+Ride-Platzes an der Bonnstraße (Weiden-West, 2. BA) sowie Freigabe von Kassenmitteln bei Hst. 6800.985.2122.1, Z Park+Ride-Platz Bonnstraße Ds-Nr.: 0534/007

Beschluss (Rat am 19.06.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Verwaltungsvereinbarung über die Erweiterung des vorhandenen P+R-Platzes **und Bike+Ride-Platzes** Weiden-West mit der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS) und der KVB abzuschließen. Danach errichtet die SRS den 2. Bauabschnitt im Auftrag der KVB und beantragt Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die Stadt beteiligt sich an den Investitionskosten in Höhe von 10 % der zuwendungsfähigen und aller nicht zuwendungsfähigen Kosten aus Mitteln des Stellplatzablösebudgets.

Für den 2. Bauabschnitt übernimmt die Stadt die Kosten der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht von jährlich ca. 5.000,00 € vorbehaltlich der Bereitstellung im jeweiligen Haushaltsplan, längstens bis zur Neuregelung der Zuständigkeiten für die Er- und Unterhaltung aller P+R-Anlagen.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 106.000,00 € im Hpl.-UA 6800, Parkeinrichtungen, bei Hst. 985.2122.1, Z Park+Ride-Platz Bonnstraße, Haushaltsjahr 2007.

Sachstand zum 30.06.2007:

Der Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung wurde durch die Verwaltung erstellt und liegt zurzeit den Vertragspartnern SRS und KVB zur inhaltlichen Prüfung vor. Es ist davon auszugehen, dass der Abschluss der Vereinbarung noch im 3. Quartal 2007 erfolgen wird.

Neuer Sachstand:

Die Verwaltungsvereinbarung über den Bau und die Unterhaltung des Park-and-ride-Platzes (2. Bauabschnitt) an der Endhaltestelle „Bonnstraße“ der Stadtbahnlinie 1 und dem Haltepunkt „Bonnstraße“ der S-Bahn-Linie S 13 in Köln-Weiden wurde im November/Dezember 2007 abgeschlossen. Der Ausbau der Anlage erfolgt derzeit.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 25. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 14.08.2007

4.2 Fußgängerunterführung Auenweg hier: Durchführung einer Machbarkeitsstudie Ds-Nr.: 0560/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Fußgängerunterführung Auenweg.

Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie soll auch geprüft werden, ob eine Überführung des Auenweges entlang der Bahngleise in Verlängerung des vorhandenen Fuß- und Radweges auf der Hohenzollernbrücke möglich ist.

Sachstand:

Die Machbarkeitsstudie liegt vor. Der Gutachter schlägt vor, die von der Nordseite der Hohenzollernbrücke kommende Geh- und Radwegverbindung nach Osten zu verlängern und parallel zum Bahndamm bis über die Gleisanlagen von Deutz-Tief zu führen. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist in Vorbereitung.

4.7 Bedarfsfestellung und Vorbereitung Vergabeverfahren hier: Instandsetzungsarbeiten Mielenforster Straße Ds-Nr.: 0649/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Instandsetzung der Mielenforster Straße im Bereich von Bensberger Marktweg bis Strundener Straße in Köln-Dellbrück fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Das Vergabeverfahren wird im Spätherbst abgeschlossen, so dass mit einer Realisierung Anfang 2009 zu rechnen ist.

**4.8 Radwegnetzschluss parallel der Kaiserstraße in Köln-Porz-Urbach von der östlichen Seite des Brückenbauwerkes der DB bis zu den vorhandenen Radwegen in Höhe "Lidl-Markt"
Ds-Nr.: 0703/007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung - nach Sicherstellung der Finanzierung - den Radwegnetzschluss parallel der Kaiserstraße in Köln-Porz-Urbach von der östlichen Seite des Brückenbauwerkes der DB bis zu den vorhandenen Radwegen in Höhe „Lidl-Markt“ baulich herzustellen.

Gleichzeitig erkennt der Verkehrsausschuss den Bedarf für den Ausbau des Radwegnetzschlusses an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Porz uneingeschränkt zustimmt.

Sachstand:

Die Umsetzung der baulichen Maßnahme erfolgt im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren der DB-Brücke an der Kaiserstraße, Linie S-12 und den daran anschließenden Umprofilierung der Straße einschl. Nebenanlagen im Planfeststellungsbereich. Im Rahmen dieser baulichen Aktivitäten wird der o. g. Beschluss umgesetzt. Geplant ist, die DB-Maßnahmen bis Ende 2010 abzuschließen. Im Anschluss daran erfolgen die Straßenbauarbeiten an der Kaiserstraße und der Radwegnetzschluss.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 26. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 11.09.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba Ds-Nr.: 0499/007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage des Planfalles 2 (als Weiterentwicklung des Planfalles 1) die erforderlichen Abstimmungen und Verhandlungen sowie die Sicherstellung der Finanzierung herbeizuführen.

Sachstand:

Die Abstimmungen werden zurzeit weiterhin durchgeführt. Es ist vorgesehen, Ende 2008/Anfang 2009 die Anlieger in einer Bürgerinformationsveranstaltung zu informieren.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 27. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 23.10.2007

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Verkehrsinformationstafel (Vario-Tafel) über der Cäcilienstraße zwi- schen Neumarkt und Nord-Süd-Fahrt in Höhe des neuen Kulturzent- rums 3061/2007

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umgestaltung des Anzeigequerschnittes des Verkehrsleitsystems über der Cäcilienstraße (Standort 130), nach Sicherstellung der Finanzierung, zu realisieren.

Um den Museumseingang freizuhalten soll die Vario-Tafel - sofern die technische Möglichkeit besteht - am Standort des bestehenden Parkleitsystemschildes integriert werden. Es ist jedoch auch zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die Gesamtanlage weiter zu verschieben.

Sachstand:

Die Verwaltung wird die vorhandene Vario-Tafel inklusive Kragarm demontieren und durch ein neues Schild in Farb-LCD-Technik, das auf das bestehende Fundament mit Hilfe einer Adapterplatte aufgesetzt wird, ersetzen. Bei dieser Maßnahme werden auch die Anzeigeelemente des im Straßenverlauf versetzt stehenden Parkleitsystemschildes an den neuen Schildermast montiert, so dass aus stadtgestalterischer Sicht eine weitere Optimierung durch Reduzierung der Beschilderung im Verlauf der Gebäudefront des neuen Kulturzentrums entsteht.

Die Finanzierung ist sichergestellt. Die Maßnahme befindet sich in der Beauftragung. Mit der Fertigstellung ist Anfang Dezember 2008 zu rechnen.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2211/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet fest (entsprechend Anlage 1 Maßnahmen in den Bezirken 1 – 9) und beauftragt die Verwaltung, mit der Umsetzung der Maßnahmen sowie der Prüfung der in diesem Zusammenhang ggf. erforderlichen personeller Konsequenzen im zuständigen Fachamt.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Verwaltung wird gebeten, bei allen Straßenunterhaltungsmaßnahmen grundsätzlich auch die Anlage von Radfahr- und Schutzstreifen zu berücksichtigen. Die abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen (= Tausch von Maßnahmen) werden übernommen, sofern sie kostenneutral sind; anderenfalls sind sie in einer Reserveliste aufzunehmen.

Sachstand:

Die Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet werden den Gremien jährlich vorgestellt und durch diese beschlossen. Dieser Vorlage sind die jeweiligen Sachstände beigefügt und somit von dort zu entnehmen. Von einer Berichterstattung im vorliegenden Bericht wird daher künftig abgesehen.

4.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Sanierung Stadtwaldgürtel 3636/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung des Stadtwaldgürtels zwischen der Aachener Straße und der Dürener Straße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten zu prüfen, ob

- 1. die Sanierung bis zur Oskar-Jäger-Straße verlängert werden kann und*
- 2. die vorhandenen Radwege in die vorgesehene Sanierungsmaßnahme aufgenommen werden können*

Sachstand:

Die Sanierung des Stadtwaldgürtels zwischen Aachener Straße und der Dürener Straße ist seit Juli 2008 abgeschlossen. Die Sanierung bis zur Oskar-Jäger-Straße wurde in das Straßenunterhaltungsprogramm für das Jahr 2008/2009 aufgenommen und durch die Gremien beschlossen. Die vorhandenen Radwege werden in die vorgesehene Sanierungsmaßnahme aufgenommen; mit diesen Arbeiten kann jedoch nicht vor 2009 begonnen werden.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)
**5.1 Stadtbahnhaltestelle Zoo/Flora
Hier: Planungsänderung
1810/2007**
Beschluss (Rat am 08.11.2007):

Der Rat ist mit der hier vorgestellten Planungsänderung einverstanden und beauftragt die Verwaltung mit der Sicherstellung der Finanzierung, der Beantragung der notwendigen Genehmigungen und der Vorbereitung der Baumaßnahme bis zur Ausschreibung.

Sachstand:

Die gemäß Beschluss geänderte Planung wurde weiter ausgearbeitet. Genehmigungs- und Förderantrag wurden gestellt. Der Baubeschluss ist im Beratungsgang. Im 2.Quartal 2009 kann voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden.

**5.3 Umrüstung Stadtbahnlinie 5 - Haltestelle Heidemannstraße
Hier: Planungsänderung
2713/2007**
Beschluss (Rat am 08.11.2007):

Die Verwaltung wird beauftragt, für die **Haltestelle Hosterstraße** (*entsprechend dem in den Sitzungen vorgestellten Lageplan „Haltestelle Lenauplatz – Variante 2“*) die Finanzierung sicher zu stellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Baumaßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob folgende Änderung der Verkehrsführung dann zu einer Verbesserung der Verkehrsführung führt: Die Einbahnstraßen-Führung der Hosterstraße wird in Richtung Gottfried-Daniels-Straße gedreht. Die Gottfried-Daniels-Straße wird in Richtung Nußbaumerstraße gedreht.

Sachstand:

Ende 2008 wird der Planfeststellungsbeschluss erwartet. Derzeit werden die Bauentwürfe abgestimmt. Vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung sowie einer fristgerechter Ausschreibung und Vergabe soll im Sommer 2009 mit dem Bau begonnen werden.

**5.4 Planungsbeschluss für die Umrüstung weiterer Haltestellen der Stadtbahnlinie 5 in Ehrenfeld sowie Freigabe von Planungsmitteln im Hpl.-Unterabschnitt 8200, Stadtbahn bei Haushaltsstelle 950.6007.6 T Stadtbahnst. Lenauplatz.- Endhst. Ossendorf.- Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2007
3978/2007**

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planungen zur Umrüstung der Haltestellen Gutenbergstraße, Liebigstraße, Subbelrather Straße/Gürtel, Nußbaumerstraße, Margaretastraße und Rektor-Klein-Straße der Stadtbahnlinie 5 auf eine Bahnsteighöhe von 90 cm über Schienenoberkante aufzunehmen und nach Ausarbeitung und Abstimmung der Planung die Genehmigungen zu beantragen und die Finanzierung sicher zu stellen. Die abgestimmten Pläne der einzelnen Haltestellen werden dem Verkehrsausschuss vor der Beantragung der Genehmigungsverfahren jeweils zur abschließenden Beschlussfassung vorgestellt.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 100.000 Euro Kassenmittel des Hj. 2007 im Hpl.-UA 8200 bei Hst. 950.6007.6 T Stadtbahnst. Lenauplatz – Endhst. Ossendorf. - Bahnsteiganhebungen -, Hj. 2007.

Sachstand:

Die genannten Haltestellen sollen in den Jahren 2010 bis 2012 umgerüstet werden. Die Planungen wurden aufgenommen.

**5.5 Baubeschluss für den Umbau und die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Ebertplatz sowie Freigabe von Kassenmitteln für neue Maßnahmen des Vermögenshaushaltes im Hpl.-UA 8200, Haushaltsstelle 950.6104.1, Stadtbahnst. Ebertplatz - Umsetzung Niederflurkonzept und Haushaltsstelle 950.7120.6, T Haltestelle Ebertplatz - Einbau von Aufzügen-, Hj 2007
3789/2007**

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) / Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) und vorbehaltlich der Abrufbarkeit bewilligter Zuschüsse nach dem GVFG / ÖPNVG oder alternativ vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Ausnahme vom HSK verbunden mit der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit dem Umbau und der Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Ebertplatz mit städtischen Gesamtkosten von 10.206.000,00 Euro ohne Grunderwerbskosten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von 340.000,00 Euro Kassenmitteln des Hj. 2007 bei Haushaltsstelle 8200.950.6104.1, Stadtbahnst. Ebertplatz - Umsetzung Niederflurkonzept und die Freigabe von Kassenmitteln des Hj. 2007 in Höhe von 70.000,00 Euro bei Haushaltsstelle 8200.950.7120.6, T Haltestelle Ebertplatz - Einbau von Aufzügen-.

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Sachstand:

Die Baudurchführung läuft. Wesentliche Arbeiten wurden in den Sommerferien 2008 unter Ausnutzung einer Streckensperrung vorgenommen. Die Baumaßnahme wird inklusive Inbetriebnahme der Aufzüge voraussichtlich im 1. Quartal 2009 fertig gestellt.

**5.6 Baubeschluss für die Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe sowie Freigabe von Kassenmitteln für neue Maßnahmen des Vermögenshaushaltes Hpl.-UA 8200, Hst. 950.7130.5, T Haltestelle Deutz -Einbau von Aufzügen, Hj. 2007
3790/2007**

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von

Zuschüssen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) / Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) und vorbehaltlich der Abrufbarkeit bewilligter Zuschüsse nach dem GVFG / ÖPNVG oder alternativ vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Ausnahme vom HSK verbunden mit der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Aufzugsnachrüstung in der Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe mit städtischen Gesamtkosten von rd. 2.846.000,00 EUR ohne Grunderwerbskosten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von Kassenmitteln des Hj. 2007 in Höhe von 200.000,00 EUR bei der Haushaltsstelle 8200.950.7130.5, T Haltestelle Deutz - Einbau von Aufzügen-. Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.

Sachstand:

Die Ausschreibung der Maßnahme ist in Vorbereitung. Der Baubeginn soll im Frühjahr 2009 erfolgen.

**5.7 Einrichtung einer Projektgruppe zur Sanierung der großen Kölner Rheinbrücken, Mehrbedarf einer Stelle Projektgruppenleiter/Projektgruppenleiterin
3882/2007**

Beschluss (Rat am 08.11.2007):

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zunächst befristet bis 31.12.2010. (Bewertung VA, VGr. Ib, Fg. 1a BAT/EG 14 TVöD bzw. A 14 BBO) mit der Qualifikation Hochschulabschluss der Fachrichtung Bauingenieurwesen für die Leitung der Projektgruppe zur Sanierung der Rheinbrücken im Vorgriff auf den Stellenplan 2008 und beauftragt die Verwaltung, entsprechende organisatorische Regelungen zur Einrichtung dieser Projektgruppe umzusetzen. Die Verwaltung wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung stellen.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Mehrkosten erfolgt im Rahmen des vorhandenen Personalkostenbudgets.

Sachstand:

Die Projektgruppe wurde eingerichtet. Die Stelle der Projektgruppenleitung wird voraussichtlich zum 01.01.2009 besetzt.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 28. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 27.11.2007

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.4 Geschwindigkeitsregelnde Maßnahmen auf der Neusser Landstraße im Ortsbereich Fühlingen 3536/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des vorgelegten Vorentwurfs auf der Neusser Landstraße im Bereich der Ortsdurchfahrt Fühlingen geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in Form von Überquerungshilfen vorzunehmen und nach Sicherstellung der Finanzierung im zweiten Schritt an den vorhandenen signalisierten Fußgängerüberwegen eine "Allrot Schaltung" einzurichten.

Sachstand:

Der Auftrag für diese Maßnahme wurde im Oktober erteilt. Mit dem Ausführungsbeginn ist wahrscheinlich, je nach Wetterlage, erst Ende November zu rechnen.

4.5 Regionale 2010: Neugestaltung des Ottoplatzes am Bahnhof Köln Messe/Deutz Hier: Erweiterter Planungsbeschluss 3454/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt dem Nutzungs- und Verkehrskonzept sowie der Entwurfsplanung für die Neugestaltung des Ottoplatzes und der angrenzenden Verkehrsanlagen am Bahnhof Köln Messe/Deutz zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung die Erstellung der Ausführungsplanung zu beauftragen.

Der Verkehrsausschuss schließt sich jedoch dem Votum der Bezirksvertretung Innenstadt an und wertet es als ausgesprochen kritisch, dass eine direkte Anfahrt zum Bahnhof nur für Taxen vorgesehen ist. Der Verkehrsausschuss ist der Ansicht, dass für den Individualverkehr eine direkte Anfahrtsmöglichkeit wie im bisherigen Umfang gegeben sein muss.

Sachstand:

Am 07.08.2008 fand auf Einladung des Amtes für Straßen- und Verkehrstechnik ein Ortstermin mit Vertretern des Verkehrsausschusses und der Bezirksvertretung Innenstadt statt. Eine weitergehende Mitteilung wird diesen Gremien Ende Oktober vorgelegt.

4.6 Zukünftige Verkehrsführung des Chlodwigplatzes im Bereich zwischen der Severinstorburg und dem Kreisverkehr Chlodwigplatz 3265/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung, den Bereich des Chlodwigplatzes zwischen der Severinstorburg und dem Kreisverkehr Chlodwigplatz vom motorisierten Individualverkehr freizustellen und in diesem Zusammenhang folgende Maßnahmen (Variante 1) einzuführen:

1. Einrichtung der Fußgängerzone auf der gesamten Fläche des Platzes mit Ausnahme für das temporäre Laden und Liefern,
2. Drehung der Einbahnstraßenrichtung des Hirschgäßchen zwischen Severinstraße und Dreikönigenstraße in Richtung Rheinufer,
3. Schaffung eines Linksabbiegers von der Brunostraße zum Karolingerring in Richtung Chlodwigplatz und
4. Einrichtung der Taxistellplätze auf dem Karolingerring.
5. *Drehung der Einbahnstraße Kartäuserwall in dem Abschnitt Kartäuserhof bis Ulrichgasse*
6. *Zweirichtungsverkehr von der Brunostraße bis zum Kartäuserhof, um eine Durchfahrt vom Severinstor bis zur Nord-Süd-Fahrt zu ermöglichen*

Sachstand:

Die Maßnahmen werden im Rahmen der Oberflächenwiederherstellung des Chlodwigplatzes im Zuge der Nord-Süd-Stadtbahn-Maßnahme umgesetzt.

**4.7 Verkehrsabwicklung Rettungsfahrzeuge Neuköllner Straße in Köln-Altstadt/Süd
3447/2007**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Sicherstellung der Finanzierung die nötigen signaltechnischen und straßenbaulichen Maßnahmen durchzuführen, damit die Rettungswagen aus der neuen Feuerwehrehalle in Fahrtrichtung Norden und Süden ungehindert auf die Neuköllner Straße einfahren können, sowie die Einbahnstraßenlösung in der Agrippastraße umzusetzen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

Sachstand:

Zurzeit befindet sich die Maßnahme im Ausschreibungsverfahren. Die Umsetzung ist für Anfang 2009 vorgesehen.

**4.8 Geländererhöhung der Fußgänger- und Radwegbrücke über der Hafeneinfahrt Niehl
4589/2007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung des Brückengeländers der Fußgänger- und Radwegbrücke über der Hafeneinfahrt Niehl .

Das Kostenvolumen beträgt 150.000,00 EURO. Die entsprechenden Kassenmittel stehen im Haushaltsplan 2007 bei der Haushaltsstelle 6300.511.0000.0 – Unterhaltung Brücken und Fußgängertunnel zur Verfügung.

Sachstand:

Die Maßnahme ist im Bau.

**4.9 Erneuerung von Lichtsignalanlagen und Erstellung der hierfür erforderlichen Planung
4456/2007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, entsprechend den zur Verfügung

stehenden Finanzmitteln, sukzessive Lichtsignalanlagen, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, im Kölner Stadtgebiet auszutauschen.

Weiterhin beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung, Ingenieurbüros mit der Planung und Baubetreuung dieser Lichtsignalanlagen zu beauftragen.

Sachstand:

Ein detailliertes Programm zur Erneuerung von Lichtsignalanlagen inklusive Vorgehensweise, Abarbeitungsprioritäten, jährlichem Pensum und Zeitplan steht kurz vor der Fertigstellung.

5.6 P+R-Palette in Porz-Wahn 0600/2007

Beschluss (Rat am 13.12.2007):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Verwaltungsvereinbarung über den Bau einer P+R-Palette in Porz-Wahn mit der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (SRS) sowie der KVB abzuschließen. Danach errichtet die SRS die P+R-Palette und beantragt Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die Stadt beteiligt sich an den Investitionskosten in Höhe von 25 % der zuwendungsfähigen und aller nicht zuwendungsfähigen Kosten aus Mitteln des Stellplatzablösebudgets.

Der städtische Zuschuss in Höhe von 925.000,00 € ist über den Veränderungsnachweis zum Hpl.-Entwurf 2008, im Teilplan 1201, Verkehrsflächen und –anlagen, einzustellen.

Die Stadt übernimmt die Kosten der Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht von jährlich ca. 40.000,00 € längstens bis zur Neuregelung der Zuständigkeiten für die Er- und Unterhaltung aller P+R-Anlagen.

Sachstand:

Die Verwaltungsvereinbarung über den Bau einer P+R Palette in Porz-Wahn zwischen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg (SRS) sowie der KVB und der Stadt Köln konnte noch nicht abgeschlossen werden, da über den Erwerb der benötigten Grundstücksflächen bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 29. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 15.01.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Ausbau Porzer Ringstraße in Köln-Westhoven 4309/2006

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf den „Ausbau der Porzer Ringstraße“ auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.06.2000 zu verzichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke einschließlich Kosten und Finanzierbarkeit zu überprüfen.

Sachstand:

Die Kostenermittlung für die Fuß- und Radfahrerbrücke wird derzeit vom Amt für Brücken und Stadtbahnbau vorgenommen. Sobald die Kosten vorliegen, erfolgt eine entsprechende Stellungnahme.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis in Köln-Marienburg 3105/2006

Beschluss (Rat am 29.01.2008):

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen der Nord-Süd-Stadtbahn (3. Baustufe) von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Variante 4 (vierspurige Lösung vom Verteilerkreis Süd bis Bayenthalgürtel und zweispurige Lösung von Bayenthalgürtel bis Brühler Straße) unter Berücksichtigung einer P+R-Anlage **im Bereich des Verteilerkreises Köln-Süd** weiter zu verfolgen und die Planfeststellung hierfür einzuleiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Zuschussbehörde zu vereinbaren, dass

zuschussunschädlich mit dem Ankauf von Grundstücken und Gebäuden begonnen werden kann.

Sachstand:

Die Verwaltung hat die Planungen zur 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn aufgenommen. Zur Straßenraumaufteilung in der Bonner Straße wurden Vorentwürfe erstellt. Diese sind Grundlage für weitere Abstimmungen innerhalb der Verwaltung bzw. mit der KVB. Die genaue Lage und Ausgestaltung der P&R-Anlage am Verteilerkreis ist noch im Rahmen eines Gutachtens zu klären.

Auf Basis der bereits vorliegenden Entwürfe können nunmehr Verhandlungen über den Ankauf benötigter Grundstücke erfolgen. Der Ankauf von Grundstücken ist dabei zuschussunschädlich gemäß geltenden Förderrichtlinien.

Die Modalitäten zur Durchführung des Projektes werden derzeit mit der KVB im Detail abgestimmt.

S a c h s t a n d ü b e r n o c h n i c h t u m g e - s e t z t e V e r w a l t u n g s v o r l a g e n

aus der 30. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 19.02.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn hier: Bau eines Kreisverkehres am Knoten Bonner Straße/Koblenzer Straße, Baustein 10 4531/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung des Kreisverkehres Bonner Straße/Koblenzer Straße zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Abstimmungen mit der KVB aufzunehmen, mit dem Ziel, die Ausführungsplanung zu erstellen und den Bau des Kreisverkehres im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn im Jahr 2008 durchführen zu lassen.

Die Radverkehrsführung im Abschnitt Bonner Straße zwischen Koblenzer Straße und Bonner Wall soll gemäß Anlage 6 umgesetzt werden.

Sachstand:

Die Entwurfs- und Ausführungsplanung wird zurzeit erstellt. Am Knoten Bonner Straße/Koblenzer Straße wurde mit dem Leitungstiefbau begonnen. Der Ausbau des Kreisverkehrs wird voraussichtlich ab Ende 2008/Anfang 2009 umgesetzt.

4.2 Ergänzende Verkehrsuntersuchung für das Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Ehrenfeld 4533/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die vorgelegte Untersuchung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die weitere Planung für die Verkehrserschließung des Gewerbegebietes Braunsfeld/Ehrenfeld auf der Grundlage der Planvariante 4 durchzuführen.

Für die Knoten Aachener Straße/Militärtringstraße, Stolberger Straße/Militärtringstraße und den Bereich Widdersdorfer Straße/Vitalisstraße/Josef-Lammerting-Allee sind Detailplanungen zu erstellen. Die Planungen Aachener Straße und Stolberger Straße/Militärtringstraße sind mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abzustimmen. Das für den Bau erforderliche Planrecht soll über ein Planfeststellungsverfahren gesichert werden. Die Finanzierung ist zu sichern.

Auf der nord-östlichen Rampe zwischen Aachener Straße und Militärtringstraße soll der Linksabbieger auf die Militärtringstraße erhalten bleiben.

Sachstand:

Die Planungen sollen an ein Ingenieurbüro vergeben werden. Die Vorbereitungen für die Vergabe werden derzeit durchgeführt.

4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Bauwerksprüfung nach DIN 1076 - Hauptprüfungen an Ingenieurbauwerken im Gleisbereich der Deutschen Bahn AG auf dem Gebiet der Stadt Köln in den Stadtbezirken Chorweiler, Innenstadt, Ehrenfeld und Lindenthal. 0357/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung der Bauwerke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Auf eine Wiedervorlage des Vorganges im Rahmen eines Vergabeverfahrens wird seitens des Verkehrsausschusses verzichtet.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Planung betragen 109.480,00 Euro. Die Mittel stehen im Ergebnisteilplan 1201, Verkehrsflächen und Anlagen ÖPNV im Haushaltjahr 2008 unter der Finanzposition 6901.572.2100.1; Unterhaltung des Infrastrukturvermögens bereit.

Sachstand:

Die Verwaltung setzt den Beschluss derzeit um.

4.7 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Bauwerksprüfung nach DIN 1076 - Hauptprüfung an Ingenieurbauwerken im Gleisbereich der Deutschen Bahn AG auf dem Gebiet der Stadt Köln im Stadtbezirk Mülheim 0359/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung der Bauwerke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Auf eine Wiedervorlage des Vorganges im Rahmen eines Vergabeverfahrens wird seitens des Verkehrsausschusses verzichtet.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Planung betragen 98.770,00 Euro. Die Mittel stehen im Ergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und Anlagen ÖPNV im Haushaltsjahr 2008 unter der Finanzposition 6901.572.2100.1; Unterhaltung des Infrastrukturvermögens bereit.

Sachstand:

Die Verwaltung setzt den Beschluss derzeit um.

4.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Bauwerksprüfung nach DIN 1076 - Hauptprüfungen an Ingenieurbauwerken im Gleisbereich der Deutschen Bahn AG auf dem Gebiet der Stadt Köln im Stadtbezirk Porz 0361/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung der Bauwerke nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Auf eine Wiedervorlage des Vorganges im Rahmen eines Vergabeverfahrens wird seitens des Verkehrsausschusses verzichtet.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Planung betragen 117.810,00 EURO. Die Mittel stehen im Ergebnisteilplan 1201, Verkehrsflächen und Anlagen ÖPNV im Haushaltjahr 2008 unter der Finanzposition 6901.572.2100.1; Unterhaltung des Infrastrukturvermögens bereit.

Sachstand:

Die Verwaltung setzt den Beschluss derzeit um.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 31. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 03.04.2008

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Schaffung von legalen Parkplätzen auf der Friedrich-Karl-Straße zwischen Neusser Straße und Hallenbad Nippes hier: Beschluss aus der 19. Sitzung der Bezirksvertretung Nippes vom 15.03.2007, TOP 8.2.2 5347/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, zunächst Daten über die Verkehrsbelastung sowie Unfallzahlen zu erheben und auszuwerten und verweist die Vorlage zur erneuten Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Sachstand:

Eine Verkehrszählung wurde durchgeführt. Zurzeit werden die Zählraten der Verkehrserhebung und die Unfallzahlen ausgewertet.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen hier: Priorität 2B 4562/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt den Abbau der Lichtsignalanlagen und die Umgestaltung an den Kreuzungen der Prioritätsstufe 2B auszuführen, bei denen bei gleichem Verkehrssicherheitsniveau der Umbau wirtschaftlich ist (Nutzen-Kosten-Verhältnis > 1)

mit folgenden Ausnahmen:

Stadtbezirk Innenstadt: Kreuzung Niehler Straße/Neusser Wall (*wird in Form einer Einzelvorlage gesondert behandelt*)

Stadtbezirk Rodenkirchen: Kreuzung Ringstraße/Siegfriedstraße/Rotterbergstraße

Sachstand:

Die Maßnahmen an den Kreuzungen der Prioritätsstufe 2B befinden sich in der Planung. Sobald diese abgeschlossen sind, werden sie kurzfristig umgesetzt.

Die Einzelvorlage Niehler Straße/Neusser Wall ist vom Stadtbezirk Innenstadt am 17.04.2008 mehrheitlich als Kreisverkehr beschossen worden.

Die Lichtsignalanlage Ringstraße/Siegfriedstraße/Rotterbergstraße bleibt bestehen.

4.4 **Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67410/10
Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg
4672/2007**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss schließt sich der Empfehlung der Bezirksvertretung Rodenkirchen an und bittet die Verwaltung, noch vor dem Satzungsbeschluss Maßnahmen gegen den Schleichverkehr über die Gerhard-vom-Rath-Straße und Raderberger Straße sowie für eine Verbesserung der Verkehrsprobleme im gesamten Bereich vorzulegen.

Sachstand:

Zur Beurteilung der Durchgangsverkehre hat die Verwaltung entsprechende Verkehrszählungen durchgeführt. Diese werden zurzeit ausgewertet und im Anschluss den Gremien vorgelegt.

4.6 **Bürgerhaushalt 2008
Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
1016/2008**

Beschluss:

Unter Berücksichtigung aller in der Sitzung vorgebrachten Anregungen und Hinweise empfiehlt der Verkehrsausschuss dem Rat, die in Anlage 1 beschriebenen konsumtiven Aufwendungen mit einer Gesamtsumme von 295.000 €, davon 190.000 € Personalaufwand, im Haushaltsjahr 2008 (Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen,

ÖPNV) zusätzlich zu berücksichtigen und darüber hinaus die ab dem Hj. 2009 ff zur Umsetzung erforderlichen Aufwands- und Zahlungsermächtigungen zusätzlich in die Finanzplanung 2009 ff aufzunehmen.

Maßnahmen, deren Kosten zurzeit noch nicht bezifferbar sind, aber deren Umsetzung geplant ist, sollen in die Finanzplanung aufgenommen werden, sobald die Kosten bekannt sind.

Der Verkehrsausschuss empfiehlt im Übrigen die Umsetzung der in der Gesamtliste zum Bürgerhaushalt enthaltenen, und bereits im Haushaltsplan 2008 und in der Finanzplanung berücksichtigten Vorschläge zum Themenbereich Straßen, Wege und Plätze.

Sachstand:

Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zu den Aufgabenbereichen "Straßen, Wege und Plätze", "Grünflächen" und "Sport" hat der Kölner Stadtrat bei seinen Haushaltsberatungen berücksichtigt und entschieden, welche Vorschläge umgesetzt werden. Für Maßnahmen, die aus dem Bürgerhaushalt resultieren, hat der Rat ein Volumen von 8,2 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2008/2009 beschlossen. Die beschlossenen Maßnahmen werden von den Fachdienststellen sukzessive umgesetzt. Auf eine besondere Berichterstattung im Rahmen des vorliegenden Verwaltungsberichtes wird aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen verzichtet.

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.2 Nord-Süd Stadtbahn, Haltestelle Heumarkt hier: Durchführung des Hauptsammlers Mitte durch das Haltestellenbauwerk 1256/2008

Beschluss (Rat am 24.04.2008):

Der Rat beschließt, den Hauptsammler Mitte entgegen der bisherigen Beschlusslage vom 18.12.2003 in einem Rohr mit zusätzlichem Bypass-Rohr durch die Haltestelle Heumarkt zu führen, um eine angemessene Gestaltung der Haltestelle mit größtmöglicher Sicherheit und Sozialkontrolle zu ermöglichen. Mit Unterstützung der Stadtentwässerungsbetriebe Köln besteht nunmehr die Möglichkeit dieser alternativen Ausführung.

Die investiven Mehrkosten in Höhe von 650.000 Euro sind aufgrund der Kostendeckelung durch Zuwendungen nicht mehr abgedeckt und werden im Rahmen des zwischen Stadt und KVB geschlossenen Nord-Süd Stadtbahnvertrages finanziert. Diese Mehrkosten sowie die durch die Änderung der baulichen Ausführung begründeten Folgekosten sind von der Stadt zu übernehmen.

Ein Verzicht auf die Führung des Hauptsammlers durch die Haltestelle Heumarkt wird wegen der sehr hohen Kosten nicht weiter verfolgt.

Sachstand:

Die Maßnahme soll wie vom Rat beschlossen umgesetzt werden.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 33. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 06.05.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Fünfjahresprogramm der Erschließungsmaßnahmen/Straßenbau hier: Erschließungsmaßnahmen 2008 5193/2007

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung der Verwendung der Mittel im Haushaltsjahr 2008 für die Teilmaßnahmen innerhalb der Bezirke gemäß dem beigefügten Fünfjahresprogramm im Produktbereich 12/Produktgruppe 1201, Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV, *mit Ausnahme des Vollausbaus der Klosterfraugasse*, zu.

Der dargestellte Mittelbedarf 2009 ff. wird vorbehaltlich der Haushaltssatzungen der entsprechenden Haushaltsjahre aufgrund des jährlich fortzuschreibenden Maßnahmenprogramms in Ansatz gebracht.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, den dringend benötigten Vollausbau der Allerseelenstraße in Köln-Poll mit in den Haushaltsplanentwurf 2008, spätestens jedoch 2009 aufzunehmen.

Sachstand:

Der Vollausbau der Allerseelenstraße in Köln-Poll ist seitens der Verwaltung für 2011 eingeplant. Die Anmeldung der Maßnahme erfolgt aufgrund des beschlossenen Doppelhaushaltes 2008/2009 im Rahmen der Fortschreibung des Erschließungsprogramms mit der Haushaltsmeldung für 2010.

Darüber hinaus wird der Beschluss sukzessive umgesetzt; auf eine weitergehende Berichterstattung im vorliegenden Bericht wird daher verzichtet.

4.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahren Instandsetzungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2008 0712/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Instandsetzung der in der Anlage 1 (Bezirke 1-9) aufgeführten Straßen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Sachstand:

Die Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet werden den Gremien jährlich vorgestellt und durch diese beschlossen. Dieser Vorlage sind die jeweiligen Sachstände beigefügt und somit von dort zu entnehmen. Von einer Berichterstattung im vorliegenden Verwaltungsbericht wird daher abgesehen.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 34. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 02.06.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.2 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Busnetz im Teilraum Rechtsrheinisch Nord 1180/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Umsetzung des in Anlage 1, Nr. IV dargestellten Busnetzes für den Teilraum Rechtsrheinisch Nord (Stadtbezirke Kalk und Mülheim sowie Stadtteil Deutz) zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008

mit folgenden Ergänzungen (i.S.d. Bezirksvertretungen Innenstadt und Kalk bzw. mündlichem Änderungsantrag der SPD-Fraktion):

- Bezirk Innenstadt

Für das Eduarduskrankenhaus und Seniorenheim in Deutz ist der Rufbus auszuprobieren. Dem Verkehrsausschuss sind schriftlich die Vor- und Nachteile darzulegen, wenn die Buslinie 150 durch 155 ersetzt wird.

Die Gebrüder-Koblenz-Straße und das Eduarduskrankenhaus sind durch einen Rufbus an den ÖPNV für eine Probephase von 2 Jahren anzubinden.

Die Verwaltung wird gebeten, den Vorschlag, die Buslinie 150 weiterzuführen (über den Gotenring, Suevenstraße, Endhaltestelle Suevenstraße, Alemannenstraße, Alarichstraße, Gotenring), zu prüfen.

- Bezirk Kalk

Die Verwaltung wird beauftragt, in das Konzept zur Weiterentwicklung des Busnetzes "rrh. Nord" eine konkrete Lösung für die Merheimer Gärten (ehem. Madausgelände) mit aufzunehmen. Sie soll bezüglich einer möglichen Anschubfinanzierung kurzfristig Gespräche mit der KVB unter Beteiligung potentieller Sponsoren, insbesondere der Bauträger und Investoren, führen. Die Realisierung des Angebotes soll möglichst schon zum Fahrplanwechsel 2008/2009 erfolgen. Weiter soll geprüft werden, inwieweit die eventuellen Mehrkosten durch Einsparung von Haltestellen, u. a. in Merheim und eine weitere Optimierung der Ampelschaltung Rösrather Str. / Frankfurter Str. reduziert werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzungen und Lichtsignalanlagen im Rahmen der geplanten Umgestaltung der Kalker Hauptstraße soll eine geänderte optimierte Linienführung der Buslinie 159 im Sinne der BV Kalk-Beschlusses vom 17.04.2008 mittelfristig realisiert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Angebotsausweitung auf der Linie 154 im Abendverkehr konkret zu prüfen. Dazu soll nach 20:00 Uhr ein Rufbus-Verkehr im 60-Minuten Takt zwischen den Stadtteilen Dellbrück, Brück und Rath/Heumar ggf. mit Anschluss an den Abendverkehr in Porz eingerichtet werden. Die Verwaltung soll die Kosten für die Angebotsausweitung ermitteln und zugleich prüfen, ob diese Kosten durch Reduzierungen des Angebotes der Linie 154 (z. B. Einführung des Rufbussystems auch in den frühen Morgenstunden oder am Sonntagmorgen) erwirtschaftet werden kann.

Vor einer Umstellung der bisherigen Linie 158 auf das Rufbus-System sollen Verwaltung und KVB rechtzeitig in geeigneter Weise (z. B. durch Presseinformation, Aushänge an Haltestellen und in den eingesetzten Fahrzeugen) über die Systemumstellung informieren

Die von der Verwaltung im Hinblick auf eine verbesserte Anbindung des Stadtteils Vingst für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste in Erwägung gezogene Veränderung der Linienführung der Linie 153 über die Haltestelle Frankfurter Straße lehnt die Bezirksvertretung Kalk als nicht zielführend ab. Eine wirkliche barrierefreie Anbindung des Stadtteils Vingst insbesondere an die Innenstadt und das Mittelzentrum Kalk ist nur durch eine vorrangige Priorisierung der Ausrüstung der U-Bahnhaltestelle Vingst mit Aufzügen erreichbar. Bei der Bewertung sind eben nicht nur die Nutzerfrequenzen zu berücksichtigen, sondern auch die Tatsache, dass im Gegensatz zu der Haltestelle Kalk Post im Stadtteil Kalk für die Vingster Bürger keine Alternativen bestehen und es in Vingst eine besondere Dichte an Senioreneinrichtungen und auch Müttern mit Kleinkindern gibt.

Sachstand:

Das Busnetz für den Teilraum Rechtsrheinisch Nord wird zum Fahrplanwechsel Dezember 2008 umgesetzt. Darin enthalten wird auch die Einrichtung eines RufBusses für das Germanenviertel in Deutz sein (Linie 188). Auch hat die KVB die gezielte Information der bestehenden Nutzer der Linie 158 über das neue RufBus-Angebot (Linie 187) zugesagt.

Die von der Bezirksvertretung Kalk gewünschten Änderungen für das Madaus-Gelände und die Dillenburger Straße können noch nicht zum kommenden Fahrplanwechsel umgesetzt werden. Die Verwaltung wird über das weitere Vorgehen und die weiteren Prüfungen in einer gesonderten Mitteilung an den Verkehrsausschuss und die betroffenen Bezirksvertretungen berichten.

Für die Frage der Prioritäten von Aufzugsnachrüstungen hat es eine gesonderte Beschlussvorlage der Verwaltung in Abstimmung mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gegeben, die am 11.06.2008 vom Verkehrsausschuss beschlossen wurde (Session Nr. 2192/2008). Danach ist die Aufzugsnachrüstung für die Haltestelle Vingst erst für die Jahre nach 2010 geplant.

4.5 Erneuerung der Entwässerungsleitung auf dem Roncalliplatz 2174/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Entwässerungsrinne auf dem Roncalliplatz bei Gesamtkosten in Höhe von 190.000,00 EURO brutto zu. Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsplan im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2008 zur Verfügung.

Sachstand:

Die Verwaltung setzt die Maßnahme entsprechend dem gefassten Beschluss um.

4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss für Bauwerksprüfungen von Ingenieurbauwerken der Nord - Süd - Fahrt in Köln nach DIN 1076 - Vergabe der Leistung an externe Ingenieurbüros 2101/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung der Bauwerke der Nord-Süd-Fahrt in Köln nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen ca. 217.770,00 €. Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und Anlagen ÖPNV im Haushaltsjahr 2008 unter der Finanzposition 6901.572.2100.1 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens bereit.

Sachstand:

Der Beschluss wird derzeit umgesetzt; hierzu werden externe Fachleute beauftragt.

- 4.9** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Maternusplatz, Oberflächengestaltung**
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Maternusplatz, Oberflächengestaltung
2284/2008

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Maternusplatz, Oberflächengestaltung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Finanzmitteln in Höhe von 344.000,00 € für die Maßnahme Maternusplatz, Oberflächengestaltung, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Teilplan 1201, Hj. 2008.
 Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 GO NW.

Sachstand:

Die Maßnahme wurde öffentlich ausgeschrieben. Die Beauftragung der bauausführenden Firma erfolgt im Oktober 2008. Mit den Bauarbeiten soll im November dieses Jahres begonnen werden.

5 **Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 5.2** **Teilplan 1201- Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:**
Teilinstandsetzung des südlichen Überbaus der Zoobrücke, Los E zwischen den Achsen 43 und 63 (Einbau von externen Spanngliedern und Lagerwechsel)
1596/2008

Beschluss (Rat am 26.06.2008):

Der Rat stimmt der Teilinstandsetzung des südlichen Überbaus der Zoobrücke bei Gesamtkosten in Höhe von 1.910.000,00 € zu. Die Mittel stehen im städtischen Haushaltsplan im Teilergebnisplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Hj. 2008 zur Verfügung.

Sachstand:

Die Umsetzung der Maßnahme ist in Vorbereitung.

**5.3 Teilplan 1201- Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:
Instandsetzung der Fuß- und Radwege der Südbrücke
hier: Baubeschluss
2084/2008****Beschluss (Rat am 24.06.2008):**

Der Rat stimmt der Instandsetzung der Südbrücke bei Gesamtkosten in Höhe von 4.964.400,00 EURO zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die Realisierung der Maßnahme erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

Sachstand:

Die Sanierung der Fuß- und Radwege ist in Vorbereitung. 2009 soll mit dem Bau begonnen werden.

Sachstand über noch nicht umgesetzte Verwaltungsvorlagen

aus der 35. Sitzung des Verkehrsausschusses in der Wahlperiode 2004/2009
am Dienstag, den 11.06.2008

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen im Kölner Stadtbahnnetz 2192/2008

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss ist mit der Prioritätensetzung einverstanden und beauftragt die Verwaltung die Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen nach der Reihung der Liste aus Anlage 1 beim Zweckverband Nahverkehr Rheinland zur Förderung anzumelden. Planungs- und Baubeschlüsse sind jeweils weiterhin für jede Maßnahme einzeln zu fassen.

Sachstand:

Die Reihenfolge der Maßnahmen wurde durch diesen Beschluss festgelegt. Die Planung bzw. Durchführung der Einzelmaßnahmen erfolgt auf Basis gesonderter Beschlüsse; von einer weiteren Berichterstattung im Rahmen des vorliegenden Verwaltungsberichtes wird daher abgesehen.

4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-6612 Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 2305/2008

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Maßnahme Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Finanzmitteln in Höhe von 299.500,00 € für die Maßnahme Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2008

Die Freigabe erfolgt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 Abs. 1 GO NW.

Sachstand:

Aus der o. g. Finanzstelle wird gem. Beschluss des Finanzausschusses der Ausbau des Bonner Walls zwischen Ohmstraße und Zugweg finanziert. Die Maßnahme wurde öffentlich ausgeschrieben und am 09.09.2008 vergeben. Sie soll im 4. Quartal dieses Jahres zügig umgesetzt werden.